

Wochen

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Eigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der abgetragenen Seite 45 Pf.

Nr. 35.

Berlin, 31. August 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 409: Österreich und der Faschismus. — S. 410: Die polnische Hochbahn zum Ostsee. — S. 411: Der polnische Regierungsausschuss und die Juden. — Deutscher Einfluß in Italien. — S. 412: Das neue Italien und werden soll. Eine weltferne Erinnerung. — Ostland-Nachrichten. — S. 413: Die austroitalienische Frage in Europa. — S. 416: Der polnische Arbeitsmarkt. — Die neue Zwangsverwaltung. — Danzig als Ankerpunkt polnischer Waren. — S. 417: Innerpolitischer Gegensatz in Italien. — S. 418: Freirei in Ostschweiz-Deutschland. — Breslau — ein deutsches Stadtbild. — S. 419: Botschaft der Verantwortung. — S. 420: Ein Hausgenosse wird gelehrt. — Bilder.

Österreich und der Faschismus.

Schuldhaftig hat es für seine „moralische Pflicht“ gehalten, sich jetzt nach seinem Regierungsantritt mit dem italienischen Staatschef in Verbindung zu setzen. Das heißt: Er hat es für vornehmlich erachtet, dem Duce seine Unterwürfigkeit und seine unerminderte Hingabe gegen den großdeutschen Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Und Mussolini hat auf diesen Antrittsbefehl seines Wiener Mitläubers mit einer Manöverrede geantwortet, bei der es sich keine Mühe mehr gab, seine aggressiven Absichten gegen das deutsche Volk zu verbergen. Italien hat einen völligen Frontwechsel vollzogen. Es steht heute eindeutig im Lager derjenigen Mächte, die ihren Raub am deutschen Volksschatz noch über Versailles und St. Germain hinaus fortführen möchten. Unter dem Vorwand, die Unabgängigkeit Österreichs schützen zu müssen, will Wien politisch zu einer italienischen Protektionsmacht erniedrigt. Italien ist heute bereit, die Wahl einer freien Volksabstimmung in Österreich, die dem Rationalsozialismus zum Siege verhelfen und die Regierung Schuldnung zu Soll bringen würde, mit militärischer Gewalt zu verhindern. Am österreichischen Beispiel tritt der tiefe Gegensatz, der zwischen der nationalsozialistischen und der faschistischen Auffassung vom Wesen des Volkstums besteht, am schärfsten und unmittelbarsten zutage. Das faschistische Italien erkennt dem Deutschland in Österreich kein eigenes Lebensrecht zu. Es hält sich für durchaus berechtigt, nach eigenem Gutdünken dessen Schicksal zu bestimmen. Die Vorstellung von Österreich, in die es sich mit einem Sonderbarren Gemisch aus geistiger Überheblichkeit und politischen Chauvinismus hineingeschleppt hat, sieht — fern ausgedrückt — etwa so aus: Italien will, daß Österreich in seinem Elbschlachtortungen wird; es verlangt von dem Deutschen in Österreich, daß sie sich selber als (vorher noch) deutschsprechende Italiener betrachten; es glaubt als potentieller „Erbe einer alten Kultur“, auf die „Barbaren des Nordens“ mit dem Hochmut des klassischen Römers herabzublicken zu können; und es meint, in dem Verhalten einer völkerverfälschenden Regierungsklasse in Wien eine Befestigung seiner eigenen Vorstellung vom Wesen und von der Bestimmung Österreichs sehen zu dürfen. Das Wort vom „österreichischen Menschen“, das Polliß erkundend hat, ist von der italienischen Propaganda bereits in das Wort vom „deutschen römischer Kultur“ umgeprägt worden.

Frankreich hat sich Jahre hindurch vergebens bemüht, Italien für die antideutsche Front zu gewinnen. Jetzt aber scheint es am Ziel seiner Wünsche zu stehen. Freilich hat es, um dahin zu gelangen, nicht unbeträchtliche Opfer gebracht. Es ist den italienischen Kolonialwünschen in Nord- und Ostafrika entgegengekommen. Zunächst hat es die Wiederherstellungsrechte der Italiener in Ägypten durch ein 10-Jahres-Abkommen sichergestellt und damit einen der Hauptstapfenpunkte zwischen Rom und Paris für die Dauer eines längeren Zeitraumes befestigt. Dann hat es durch die Abtretung des Gebiets von Eritriä den nordafrikanischen Besitz Italiens erneuert. Und schließlich hat es durch die Richtenerklärung des englisch-französisch-italienischen Vertrages, der bisher die abessinische Unabhängigkeit garantierte, der kolonialen Expansion Italiens im südlichen Afrika die Wege ebnete. Wichtiger als diese afrikanischen Zugeständnisse aber ist für Italien die weitgehende Zurückhaltung, die sich Frankreich in der Verhandlung des

Donaurproblems auferlegt hat. Paris hat der römischen Politik freie Hand in Österreich gelassen, um die deutsch-italienische Zusammenarbeit an der österreichischen Frage zum Scheitern zu bringen. Daß diese französische Vernehmung nicht falsch war, wird durch die Tatsache bewiesen. Solange Frankreich und Italien in Wien als gleich eifrige Konkurrenten auftraten, war es auch für eine reichsfeindlich orientierte Regierung noch möglich, Österreich vor dem Abgleiten in die völlige Abhängigkeit von einer völkerverfälschenden Macht zu bewahren. Nachdem nun aber der Quai d'Orsay dem Cautrinal in der österreichischen Frage die Vorhand gelassen hat, kann nur noch eine Regierung, die auf engste Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich bedacht ist, ihr Land vor der Gefahr schützen, zum leidenden Objekt eines feindseligen Machtwillens zu werden.

Italien nutzt nach Kräften die einseitige Gelegenheit aus, Deutschland mit Hilfe der Wiener Regierung zu „albanisieren“. Es fördert die reichsfeindlichen Kräfte der kirchlichen und monarchistischen Kreise, es finanziert den behördlichen Kampf gegen die nationalsozialistisch-großdeutschen und monarchistischen Kreise, es inaktiviert dieses Kampfes mit der aus antiken und orientalischen Anschauungen zusammengestellten Moral seiner faschistischen Selbstsucht. Es erlaubt die Verengung der Beziehungen zwischen Berlin und Wien zu verhindern. Die Heimwehren Starbargern werden mit italienischem Geld unterhalten. Die österreichische Polizei soll nach italienischem Vorbild neu aufgebaut werden. Lind schon spricht man davon, daß auch das Bundesheer nicht nur finanziell, sondern auch faktischmäßig der römischen Führung unterstellt werden soll, und daß die Wiener Regierung mit Rom einen „Richtungsangriffspunkt“ abzuschießen bereit ist, durch den Italien das Recht eingeräumt werden soll, österreichisches Gebiet nicht nur im Falle eines Angriffs von dritter Seite, sondern auch dann zu belegen, wenn die gegenwärtige Wiener Regierung durch innere Unruhen oder durch die friedliche innerpolitische Entwicklung in ihrem Bestande bedroht wird. Deutlicher könnte wohl die schamvolle Abhängigkeit dieser Regierung vom Ausland und ihre Furcht vor dem Willen des Volkes nicht ausgedrückt werden.

Italien scheint vor der Verwirklichung von Wünschen zu stehen, die es selbst seinerzeit beim Abschluß der Friedensabkünde nicht zu äußern gemagt hat. Aber es hat in dem Maße, in dem es sich in Wien festzusetzen versucht, auch mit wachsenden Widerständen zu rechnen. An der Habsburgerfrage und in der österreichischen Aufstufungsfrage hat es bereits vor diesen Widerständen den Rückzug antreten müssen. So sehr dem Quai d'Orsay an der Feindschaft zwischen Italien und Deutschland gelegen ist, so wenig denkt er doch daran, sich durch Italien völlig aus dem Donaurraum hinauszudrängen zu lassen. Frankreich muß in der Verhandlung der österreichischen Frage Rücksicht auf die Interessen seiner südlichen Verbündeten nehmen. Süßflammerin führt sich mit Recht durch das italienische Vorgehen in seinen wichtigsten Lebensinteressen bedroht. Der römische Machtwillen beginnt diesen Staat von Albanien und Österreich her zu umklammern; damit ist auch die dalmatinische Küste, die Italien als „ultramediterrane Kulturboden“ für sich in Anspruch nimmt, endlich gefährdet. Auch von tschechischer Seite wird das Vordringen des italienischen Einflusses im Donaurraum mit wachsendem Mißtrauen

verfolgt. Im Falle eines militärischen Eingreifens italienischer Truppen in Norditalien, Kärnten und Steiermark ist mit einer Besetzung Wiens und der österreichischen Donaugebiete durch italienische Truppen zu rechnen. Italien und die Tschechoslowaken haben sich schon einmal auf österreichischem Boden als kriegsführende Mächte gegenübergestellt: als im Beginn d. J. das von Kom gestiftete Robinett-Vertrag mit den von Prag unterstützten Marxisten im Bürgerkrieg lag. Wenn Frankreich weiterhin der römischen Politik freie Hand in Österreich läßt, läuft es Gefahr, Süditalien und die Tschechien, diese treuesten Bundesgenossen, auf die deutsche Seite hinüberzudringen. Das aber wäre für die französische Stellung in Ost- und Westeuropa, der durch die erfahrungsgemäß recht fragwürdige italienische Bundesgenossenschaft schließlich wohl ersetzt werden könnte.

Zu diesen äußeren Widerständen gegen die italienischen Herrschaftsansprüche kommen noch die inneren Widerstände hinzu, die

Die polnischen Vorbehalte zum Öspakt.

In Paris ist man davon überzeugt, daß die bevorstehende Völkerbundsstagung eine Entscheidung in der seit Monaten schwebenden Öspaktfrage herbeiführen wird. Polen hat sich bisher offiziell noch nicht zu dieser Frage geäußert. Und es wäre ihm sicherlich lieb, wenn es seine Stellungnahme noch einige Zeit hinausschieben könnte. Denn — von Warschau aus gesehen — ist erst dann der geeignete Zeitpunkt für eine solche Stellungnahme gekommen, wenn die politischen Fragen hinreichend geklärt und insbesondere die Beziehungen zu Litauen in einem für Polen günstigen Sinne in Ordnung gebracht worden sind. Das aber ist trotz lebhafter Bemühungen der Warschauer Diplomaten bisher noch nicht gelungen. Sowie sich aus Äußerungen der polnischen Presse entnehmen läßt, ist Polen zu einem bedingungslosen Eingehen auf den französischen Vorkursvorschlag unter keinen Umständen bereit. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht mit einer glatten Aufgabe Polens zu rechnen. Die polnischen Prestigeforderungen, die sich in letzter Zeit auf der Diktaturfrage bündeln, laufen vielmehr in der Regel auf die Forderung hinaus, daß Vorkursungenen sei, seine Zustimmung von einer Reihe von Vorbehalten abhängig zu machen, doch zur Klärung des eigenen Diktaturproblems noch sehr eingehende und wahrscheinlich recht langwierige Verhandlungen nötig sein werden, und daß man dann schon jetzt werden, was von den ursprünglichen Vorschlägen noch übrig sein wird. Danach scheint Polen weiterhin an seiner bisher verfolgten Politik, die endgültige Entscheidung hinauszuzögern, auch in Zukunft, u. U. auch während der Völkerbundsstagung, noch festhalten zu wollen.

Wie ist es nun mit den polnischen Bedingungen und Vorbehalten bestellt? Zunächst wird Polen sein Eingehen auf die Vorkursvorschläge wohl von Bedingungen abhängig machen, die außerhalb des eigentlichen Diktaturproblems liegen, wie sich auf wirtschaftliche und finanzielle Fragen beziehen. Es beklagt sich seit Jahren über die Gütekunftsphäre der französischen Kapitalisten, die nicht einmal die übernommenen Anleiheverpflichtungen ausfüllen, geschweige denn neue Anleihen nach Polen zu geben bereit sind. Es beklagt sich mit Recht über die üblen Methoden, mit denen das in der polnischen Industrie tätige französische Kapital seine Profite einzutreiben versucht. Es protestiert gleichfalls mit gutem Grund dagegen, daß Frankreich Tausende von polnischen Arbeitern in rückständiger Weise aus ihren Arbeitsstellen entläßt und als lästige Ausländer über die Grenze abschiebt. Und es muß schließlich feststellen, daß Paris keine Reue zeigt, den handelspolitischen Wünschen seines polnischen Bundesgenossen entgegenzukommen. Was mir die Gelegenheiten der Diktaturhandlungen nicht vorübergehen lassen, ohne den Franzosen dieses Sündenregister unter die Nase zu halten.

Außer diesem wirtschaftlichen hat Polen bei dieser Gelegenheit auch noch einen politischen Wunschzettel zu präsentieren. Er betrifft seine Stellung im Völkerbund. Mit der bevorstehenden Senfer Tagung wird die Frage des Eintritts der Comintern in die Liga der Nationen akut. Wenn dieser Eintritt, gegen den freilich noch von verschiedenen Seiten eine Reihe formeller und politischer Einwände erhoben werden, tatsächlich erfolgt, dann bedeutet das eine Schwächung der polnischen Stellung im Genf. Polen ist im Völkerbundsrat bisher mit einem halbständigen Sitze vertreten. Die Zuerkennung eines Rändigen Ratschisses, was ihn die Großmacht innehaben und mit der durch die Comintern zugehört ist, würde für Warschau unter diesen Umständen mehr als eine bloße Dreifrage sein. Nebenbei läßt es sich mit dem polnischen Antrag zum „Minderheitenproblem“, der auf der Tagesordnung der Ratstagung steht und in dem Polen die Verallgemeinerung des „Minderheitenschutzes“ verlangt. Es mag dahingehört bleiben, ob es ihm wirklich auf diese Verallgemeinerung ankommt, ob es ihm nicht vielmehr darauf ankommt, sich selbst von jeder internationalen Bindung zum Schutze der fremden Volksgruppen seines Staatsgebietes zu befreien. Polen hat die häufigen (allerdings nur allzu begründeten) Senfer Beschwerden über die Methoden seiner „Minderheitenpolitik“ von jeher als äußerst lässig und die einseitige Befolgung durch den Schutzvertrag von 1919 in zunehmendem Maße als diffamierend emp-

findet im deutschen Volkstum Österreichs gegen die anwachsende Eitelkeit der verjüngten Römer erbosen. Es ist ja bezeichnend, daß all die Reaktionen, die von sich behaupten, die österreichische Unabhängigkeit sichern zu müssen, nichts davon wissen wollen, daß das Volk in Deutschland selber um seine Meinung gefragt wird. In diesem Punkte sind sie sich einig, welche Meinungsverschiedenheiten auch sonst in der österreichischen Angelegenheit unter ihnen bestehen. In diesem entscheidenden Punkte sind sie alle deutschböhmische Gegner. Deutschland hat bei keine von ihnen mit einer ehrlichen Unterdrückung seiner Auffassung über das Selbstbestimmungsrecht Österreichs zu rechnen. Es kann nur versuchen, die Gegenfälle, die zwischen den anderen bestehen, so auszunutzen, daß für das Deutschtum in Österreich aus deren Ablichten möglichst geringe Nachteile ermbölen. Am übrigen aber kann es auf die östliche Seite des deutsch-österreichischen Bundesbundes vertrauen, da er mit ubiger Beharrlichkeit die Römer und Kämpfer ablehnt, die sich ihm heute als die „berufenen Wobrer seiner Unabhängigkeit“ aufdrängen versuchen. Dr. Kriebel.

finden. Polen hat wenig Cult, sich unter den bisherigen Bedingungen lieber stärker für die Tätigkeit des Völkerbundes, in dessen Rahmen ja auch der Öspakt eingefügt werden soll, zu interessieren. Es steht auf dem Standpunkte, daß Frankreich, wenn es Polen wieder enger in das Senfer System hineinziehen will, auch dafür zu sorgen hat, daß die Senfer des deutsch-österreichischen Bundesbundes vertrauen, da er mit ubiger Beharrlichkeit die Römer und Kämpfer ablehnt, die sich ihm heute als die „berufenen Wobrer seiner Unabhängigkeit“ aufdrängen versuchen.

Die polnischen Forderungen an Frankreich, die im Zusammenhang mit der Frage des Öspaktes von neuem auftauchen, sind seit langem bekannt. Unklarheit besteht aber noch über die Vorbehalte, die Polen zu dem Warschauer Diktaturplan selber zu machen hat. Der Moskauer Berichterstatter des „Comps“ behauptete am 26. August in einer Korrespondenz, zureichliche Mitteilungen über die polnischen Vorbehalte machen zu können. Nach dieser Mitteilung soll Polen unter drei Bedingungen zum Beitritt bereit sein. Die erste Bedingung soll die im Diktur vorgesehene militärische Hilfeleistung betreffen, und zwar soll Polen verlangen, daß Vorkursungenen und -umsetzung der Hilfe, die ihm im Falle eines Krieges von den fraglichen Vorkursungenen leisten ist, ausschließlich von ihm selber bestimmt werden sollen. Das Betreten polnischen Bodens soll auch den Truppen der hilfeleistenden Macht nicht erlaubt sein. Der Vorkurs soll vielmehr auf Verlieferung und allenfalls auf die Entsendung von Luftstreitkräften beschränkt sein. Die zweite Bedingung soll sich dem „Comps“ zufolge auf Litauen beziehen. Frankreich, Rußland und die Tschechien, also die Staaten, denen im Zustandekommen des Öspaktes gelegen ist, sollen die litauische Regierung dazu veranlassen, noch vor dem Inkrafttreten des Diktates in normale Beziehungen mit Polen zu treten. Und drittens heißt es in der „Comps“-Berichterstatter, Polen verlange, bei allen wichtigen diplomatischen Unternehmungen von vornherein als völlig gleichberechtigter Faktor zugezogen und nicht, wie es bisher in der Regel geschehen ist, erst nachträglich über bereits im Gang befindliche oder schon abgeschlossene Aktionen unterrichtet zu werden.

Die Meldung des „Comps“ hat einige Wahrheitsähnlichkeit für sich. Man kann es sogar als sicher bezeichnen, daß, wenn Polen Bedingungen anmeldet, die oben genannten zum gehören. Eine andere Frage ist es jedoch, ob Polen nicht noch andere als die vom „Comps“ aufgeführten Vorbehalte zu machen hat. Begnügt es sich mit den erwähnten drei Punkten, dann wird es zwar Frankreich einig, ihm im Augenblick merkwürdig erscheinende Zusatzforderungen abgelehnt haben; es wird zugleich aber auch seine Beziehungen zu Deutschland einer erneuten Befragung aussetzen. Es ist klar, daß Polen, wenn es sich diesen Forderungen zuneigen will, seine Haltung gegenüber dem deutschböhmischen Vorkurs, der von französischer Seite als outdösterreichisches Werkzeug beabzweckt ist, nicht ohne Berücksichtigung der deutschen Einstellung festlegen darf. Eine Aufzehrung der deutschen Einstellung wäre geeignet, einen neuen Keil zwischen Berlin und Warschau zu treiben. Für Polen aber würde das eine nachteilige Schwächung seiner Position gegenüber Frankreich bedeuten. Daran könnte auf die Dauer auch die Ordnung der polnischen Beziehungen zu Litauen und das formelle Verprechen Frankreichs, Polen als Großmacht zu behandeln, nichts ändern. Polen würde die Unabhängigkeit seiner Politik von Quald'Orsay um je eher wieder verlieren, als Frankreich heute die Unabhängigkeit hat, wie in Warschau und Moskau zu möglich. Polen ist für Paris unentbehrlich, solange es außerhalb des französischen Diktatursystems steht. Einmal innerhalb dieses Systems stehend, tritt seine Bedeutung für Frankreich hinter derjenigen Rußlands zurück.

■■■■ Besucht den deutschen Osten!

Der polnische Regierungsblock und die Juden.

Der katholisch-konfessionale „Epos“ setzte sich kürzlich einmal mit der Judenfrage auseinander. Das Blatt möchte dabei einen grundsätzlichen Unterschied zwischen denjenigen nicht als Juden betrachten, die in der jüdischen Bevölkerung, die sich „insolge ihrer Erziehung ganz zum Polentum bekennen“ und den Vertretern eines national-jüdischen Standpunktes, die es ausdrücklich ablehnen, als Polen angesehen zu werden. Diese National-Juden, meinte der „Epos“, müßten aus ihrer Einstellung die Folgerungen ziehen und als Glieder einer „nationalen Minderheit“ in allen Fragen, die die polnische Staatsführung und das öffentliche Leben Polens angehen, weit größere Zurückhaltung üben. Die Leute um den „Rajj Przeglon“ herum hätten kein Recht, irgend jemandem in polnischen Fragen Vorschriften zu machen. Dagegen könne man z. B. Diamant oder Liebermann, „die stets für das Polentum eintraten“, trotz ihrer jüdischen Abkunft das Recht zu Kritik in polnischen Dingen nicht abschneiden. Der „Epos“ erkennt also die Existenz einer Judenfrage für Polen an. Er ist aber weit davon entfernt, das Wesen dieser Frage so zu erfassen, wie es in Deutschland geschieht. Mit dem Bekennen der Juden zum Polentum erhebt sich, für den „Epos“, die Judenfrage von selbst. Eine Verschiedenheit der Rassen scheint es für ihn nicht zu geben. Für ihn ist das Judenproblem ein „Minderheitenproblem“, ein Angelegenheit des Stimmzettels, allenfalls eine Frage der Umgangssprache. Wenn ein Jude den Rafton aussteigt, die Köcheln abnimmt, den Marschall hochheben läßt und sich obendrein vielleicht gar noch taufen läßt (was kann das schon schaden?), dann ist damit für den „Epos“ ein „neuer Rafton“ entstanden. Das ist genau die Auffassung, wie sie die Juden sich einbilden. Das ist die Mißachtung der Rasse, die immer den jugendliche richtet, der die Rasse verneint.

Immerhin sieht sich der „Epos“ zu folgenden Selbststellungen veranlaßt: Der Antisemitismus sei in Polen zweifellos außerordentlich stark und tief, man könne nicht behaupten, daß er nur das Ergebnis der Propaganda der Nationaldemokraten sei. Die antisemitischen Stimmungen seien ungewöhnlich stark in der ganzen polnischen Jugend, ebenso in den kleineren polnischen Städten, im Bürgertum und unter den Bauern. Am schwächsten seien sie unter den höheren Schichten.

Über auch dort fehlten sie nicht. Man dürfe keinen Augenblick meinen, daß der Regierungsklub von ihnen frei sei. Auch unter dessen herorragendsten Mitgliedern nähmen die jüdenfeindlichen Stimmungen unbedingt an Stärke zu. Der Antisemitismus sei keine Erfindung der Nationaldemokraten, sondern werde diese überbauen und in Zukunft noch härker werden. Hierzu trügen „die Winde vom Westen“, „der Geist der Zeit“ und das allgemeine Zunehmen des Nationalismus sowie die sich hinziehende Wirtschaftskrise bei. Wenn die Juden alle ihre Verfehlungen in taktvoller Weise verjagten, so werde kein Damm den Antisemitismus aufhalten.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ beklagte sich kürzlich einmal mit Recht darüber, daß in den Erklärungen der Vertreter der Regierungspartei das jüdische Problem häufig mit Schweigen übergegangen werde. In den Zeitungen der Regierungspartei sei nichts über diese Frage zu lesen. Von Seite zu Seite äußerten sich die Publizisten dieser Presse oder die Staatsmänner der Regierungspartei zwar mit zerstückelten Worten über den „marktfreierischen Antisemitismus der Nationaldemokraten“; niemals aber erfordere man, wie die Regierung die Judenfrage im Interesse Polens zu lösen geborne. Besonders auffällig sei, daß über die jüdischen militärischen Organisationen ein völliges Schweigen in der Regierungspresse herrsche. Die Entwicklung der Organisation „Britt Crumpebor“ und anderer derartiger militärischer Organisationen der Juden werde in letzter Zeit von der öffentlichen Meinung Polens mit immer größerer Interesse verfolgt. Die polnische Gemeinschaft erwarnte mit großem Interesse eine Erklärung der maßgebenden Kreise darüber, worin für Polen der Nutzen dieser Organisationen besthe. Die öffentliche Meinung würde mit Recht empört sein, führt die „Gazeta Warszawska“ fort, wenn man in Polen den Deutschen oder den Ukrainern die Schaffung solcher halbpolnisch-jüdischer Organisationen gestatte. Warum seien nur die Juden die Bevorzugten? Wenn man in den polnischen Kleinstädten, namentlich im Osten die „Inkolenbraunen“ Henden des „Britt Crumpebor“ und ähnlicher jüdischer Verbände sehe, werde man dauernd an diese Frage erinnert.

Deutsche Schulnot in Polen.

Mit dem Beginn jedes Schuljahres verkehren sich die Angriffe gegen das deutsche Schulwesen in Polen. Deutsche Schulen werden angegriffen, deutsche Lehrer aus dem Dienst entlassen oder strafrechtlich, polnische Lehrer an die deutschen Schulen verlegt, deutsche Schüler zwangsweise in polnische Schulen verzwungen. Im Folgenden sind einige Beispiele der mit dem Beginn des jetzigen Schuljahres ergriffenen Maßnahmen erörtert.

14 deutsche Schulkinder aus Donkie und Strelnok ab aus der Wejwoodtschaft Polen, die die deutschsprachige Klasse der staatlichen Volksschule in Strelnok besuchten, wurden am ersten Schultage dieses Schuljahres zwangsweise ausgeliefert. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß sie von nun an die staatliche Volksschule mit polnischer Unterrichtsprache in Donkie zu besuchen haben. Irrend-eine hitzige Begründung dieser Maßnahme liegt nicht vor.

Von einem ähnlichen Schicksal sind die deutschen Kinder in Polajemo Hauland (Kreis Obornik) betroffen. Sie gingen bisher als Schulführer in die deutsche Klasse der Schule in Gembiz Gaudan (Kreis Czarnikow). Der Bitte der Eltern, ihre Kinder dort fort einzuschulen, wurde von dem polnischen Beamten nicht stattgegeben. Die Kinder sind im Gegenteil mit Beginn des neuen Schuljahres zwangsweise in die polnische Schule in Adam (Kreis Obornik) überwiesen worden. Sie haben zur dortigen Schule täglich einen Weg von 5 km zurückzulegen!

Die Schule in Reubutite (Kreis Kolmar) wird von keinem einzigen polnischen Kinde, sondern ausschließlich von deutschen Kindern besucht. Trotzdem ist an dieser Schule nur eine polnisch-katholische Verbrückung tätig. Auf eine Eingabe vom 7. April d. J. erhielten die deutschen Eltern vom Unterrichtsministerium die Antwort, daß ihnen mit Beginn des neuen Schuljahres eine deutsch-englische Verbrückung gestellt werden würde. Dieses Verprechen wurde nicht gehalten. Der katholische Pole verweigert weiter die deutsch-protestantischen Kinder. Im nun über den Zustand, daß ein Pole eine ausschließlich von deutschen Kindern besuchte Schule betreut, ein Ende zu machen, werden jetzt — polnische Kinder aus Grünwald (Kreis Kolmar) nach Reubutite überwiesen, obwohl sie es zur polnischen Schule in Wislin näher haben.

Sehr schlimm ist es um das deutsche Schulwesen im Bieleser Bezirk bestellt. In diesem ganzen Bezirk besitzen nur noch die Knaben- und die Mädchenschule, die deutsche Schule in Altbühel und die deutsche Schule in Lubniz deutsche Lehrer. In allen übrigen Schulen werden die deutschen Kinder von Lehrern polnischer Sprache und Rationalität unterrichtet. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres wurde die freie Volksschule der deutschen Schule in Kaniz einem polnischen Lehrer übertragen, der nicht einmal die deutsche Sprache hinreichend beherrscht, um sich seinen Schülern verständlich

zu machen. An die deutsche Schule in Alexanderfeld wurde ein polnischer Lehrer namens Riemiec (= Deutscher) berufen; auch dieser beherrscht die deutsche Sprache nur mangelhaft. Die Leitung der deutschen Mädchen- und Knaben- in Bielesz wurde einem Polen, dem Bruder des Direktors des deutschen Gymnasiums in Bielesz, Havelo, eines inkontinenten Deutschfeindes, anvertraut. Ein polnischer Schulleiter kam auch an die deutsche Schule in Kurjewald. Zu dieser letzten Maßnahme Polonisierung des deutschen Schulwesens im Bieleser Bezirk kommen noch andere Drangsalierungen hinzu. So besitzt die vierklassige deutsche Schule in Alexanderfeld nur drei Verbrückte, so daß der Unterricht nur unvollständig durchgeführt werden kann. Eine Reihe von Lehrern, die bisher an deutschen Gymnasien unterrichtet worden, sind an deutsche Volksschulen verlegt worden. An den deutschen Schulen in Kaniz, Nickselwald und Oberkurajow fehlt es an Lehrern. Anderen Schulen sind keine Handarbeitslehrerinnen und Religionslehrer zugezählt worden. So wird das deutsche Schulwesen dieses Bezirkes allmählich völlig vernichtet und polonisiert.

Im Bezirk Głubisz (Ostoborski) wurden die deutsche katholische und die deutsch-englische Volksschule mit Beginn des neuen Schuljahres in neue Räume verlegt. Das Gebäude, in dem diese Schulen jetzt untergebracht worden sind, ist schon vor Jahren von örtlicher Seite als hygienisch nicht einwandfrei festgestellt worden. Die deutsche evangelische Schule wurde von einer einzigen Klasse, in der die Kinder vom ersten bis zum letzten Schuljahr gemeinsam unterrichtet werden, zusammengesetzt. Die deutsche katholische Schule, die 500 Kinder zählt, ist in zehn Klassen eingeteilt worden. Diefen elf Klassen stehen nur acht Klassenräume zur Verfügung. Weiter sind von den 177 Kindern, die in Siemionowicz zum neuen Schuljahr von der polnischen zur deutschen Schule umgewandelt worden waren, 110 bis 120 Kinder in die evangelische Klasse zurückgeführt worden, obgleich die polnische Schule mit guten Deutschlehrern, harten, geräumigen Klassenräumen, Klassenbibliothek, Sportplatz und einem großen Hofe, ein sehr reichhaltiges Schulwesen besitzt. Die deutsche Schule, die bisher stets die deutsche Sprache und zwar mit ausreichendem Erfolg gelehrt haben, zwangsweise in die Spezialschule für Schwermehrgabte überführt werden. Diese Schule aber ist rein polnisch. Die betroffenen Eltern haben sich gegen diese unzulässige Diffamierung ihrer Kinder zur Wehr gesetzt. Sie haben gegen die Maßnahme des polnischen Schulleiters beim Schulinspektor Beschwerde eingelegt und weigern sich bis zum Eingang einer endgültigen Entscheidung, ihre Kinder in die Schule für Minderbegabte zu schicken.

Mit dem Seidenfaden nach St. Petersburg!

Was aus Ödingen noch werden soll.

Man ist in Polen stolz auf Ödingen; aber man ist mit ihm noch lange nicht zufrieden. Man veranstaltet alljährlich mit viel Aufwand ein Fest des Meeres in Ödingen; aber es gibt auch sehr einflußreiche Leute in Polen, die dieses Fest als idiotisch bezeichnen. Man freut sich und feiert; aber man klagt auch über unzulängliche Maßnahmen und fordert fortgesetzt neue Mittel für den weiteren Ausbau. Was Ödingen noch werden soll, darüber liegen sich in der diesjährigen Meeresfest-Sondernummer der „Gazeta Handlowa“ verschiedene interessierte Leute vornehmen. Der eine schrieb u. a.: „Ödingen, das heute erst eine große Umladestation für die Waren des polnischen Hinterlandes auf ihrem Wege zu den Auslandsmärkten ist, muß in Kürze ein großes Handelszentrum mit eigener Disposition und Initiative werden, muß verschiedene Industrien entwickeln. In Ödingen muß der ganze Verwaltungs- und technische Apparat dem allmählich wachsenden Betrieb der Hafenstadt angepaßt werden.“ Ferner müßte Ödingen eine eigene große Schiffswerft erhalten; denn daß eine Großmacht wie Polen bisher nur die „Ödingener Werft“, die Hafenswerkstätten der Kriegsmarine in Ödingen und „Hank und die Werft in Modlin“ besitze, also nur für kleine Schiffsbauten geeignete Werften, das sei „eine sehr unzureichende Erscheinung“ in der polnischen Staatspolitik. Ein anderer schreibt in der „Gazeta Handlowa“: „Ödingens Zukunft als Handelszentrum liegt in den Händen der Prioritätinitiative. Ödingen als künftiges Zentrum des polnischen überseeischen Handels steht erst am Anfang seiner Entwicklung... Ödingen ist als Hafen, d. h. als Komplex technischer Einrichtungen im Verhältnis entstanden; die passenden Menschen zur Bedienung eines solchen Hafens kann man nicht so schnell schaffen... Die allmähliche Bedienung des Handelszentrums großer Firmen aus dem Hinterland in die Hafenstadt bedeutet noch nicht die Entstehung einer mit dem Hafen des Hafens organisch verbundenen Kaufmannschaft.“ Dann kommt der Verfasser auf die Ödingener Banken zu sprechen und sagt dabei u. a.: „Zuerst beobachten wir in Ödingen eine allmähliche Entwicklung der Prioritätbanken. Diese Erscheinung ist in gewissem Grade begründet in der Abshürmung der Danziger Banken von ihren billigen Kreditquellen in Deutschland durch die dortigen Dienstbestimmungen... Zweifellos ist dies der Moment, in dem die polnischen Prioritätbanken bequemer in das Gebiet des polnischen Überseehandels einbringen können...“

Der Direktor des Staatlichen Exportinstituts, M. Kurki, äußert sich über die industriellen Möglichkeiten Ödingens: „Ödingen ist ein wichtiges Industriezentrum, dessen Produktion einerseits auf der Konkurrenzfähigkeit der Seetransporte bei dem Fertigwarenexport beruhen wird.“ Ansehe für einen solchen Industrie seien vorhanden, mit Ausnahme zweier Großbetriebe (Reis-, Olmühle) oder handele es sich um unbedeutende Werke. Vorbedingung großzügiger Entfaltung sei die Vornahme gewisser Hafenerweiterungen; hindernd wirke zur Zeit das Seebett entsprechend vorbereiteter, direkt mit dem Meer verbundener Terrains; denn die Großindustrie könne nur auf Terrains entstehen, die mit allen Verkehrseinrichtungen ausgestattet sind. Ödingen muß das Industriezentrum für alle Produktionszweige, die auf Masseneinfuhr ausländischer Rohstoffe beruhen, bzw. das Vertriebs- und Absatzzentrum für Fertigerwaren werden, die aus einheimischen Rohstoffen hergestellt werden. Dieses Ideal ist zu erreichen, indem wir weniger Rohstoffe und mehr Fertigerwaren ausführen.“ Die Entwicklung gebe dahin, das bemerke die Steigerung des Tonnen-Durchschnittswertes der Ausfuhr Ödingens bei gleichzeitigen Sinken des Tonnen-Durchschnittswertes des polnischen Gesamtexports. Ödingens Industrie könne ein mächtiger Hebel zur Entwicklung dieser Tendenz im Gesamtwarenhandel Polens werden, ein bequemes Werkzeug zu weiterer Verdrängung des polnischen Außenhandels. Daher sei die Entwicklung eines Industriezentrums in Ödingen eine der dringendsten und nächsten Aufgaben.

Eine zeitgemäße Erinnerung.

Als im September 1915 Litauen von deutschen Truppen besetzt wurde und durch den russischen Marschall von Jahre 1917 sich neue Möglichkeiten ergaben, wurde die Frage der Gründung eines selbständigen Litauens akut. Schon im Sommer 1917 hatten eine britische in Petersburg tagende Konferenz der in Zentralrussland lebenden Litauer und das litauische Organisationskomitee in Wilna die Selbständigkeit Litauens gefordert. Ende September 1917 trat in Wilna der litauische Landtag, der eine Vertreterversammlung der litauischen Organisationen war, zusammen und wählte als provisorisches Exekutiv- und Repräsentationsorgan die sogenannte Taryba (Ratsversammlung). Im November 1917 schlossen sich auch in Warschau die nach Innenrussland geflüchteten Litauen der Wilnaer Landtagsbeschlüssen an. Diesen gemäß verkündete die Taryba am 11. Dezember 1917 die Wiederherstellung des litauischen Staates und suchte beim Deutschen Reich um Unterstützung nach, die ihr auch gewährt wurde. Im März 1918 erkannte das Deutsche Reich die Unabhängigkeit Litauens an. Die deutsche Armee und das Wehrmollat der Reichsregierung hoben die Staatserkennung Litauens überhaupt erst ermöglicht. Die Litauer haben es heute nicht gern, wenn man sie an diese unumgängliche Tatsache erinnert. Das unvorsichtige Auftreten der heute in Rußland regierenden Kreise läßt es angebracht erscheinen, ihnen das Telegramm ins Gedächtnis zurückzurufen, das damals, nach der Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit durch Deutschland, von der Taryba an den deutschen Kaiser gerichtet wurde. Dieses Telegramm ist von dem damaligen Präsidenten der Taryba, dem heutigen litauischen Staatspräsidenten Smetona, unterschrieben. Es hat folgenden Wortlaut: „Euer Majestät erlauben sich der Präsident und die Delegation der Taryba, welcher der Herr Reichskanzler heute die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens auszusprechen hat, den tiefgefühltesten und unaussprechlichen Dank dafür auszusprechen, daß das große, mächtige Deutsche Reich dem durch Jahrhunderte hindurch so schwer leidenden litauischen Volke Freiheit gegeben und seine Unabhängigkeit als erste Macht anerkannt hat. Wir sind froh in der Zuversicht, daß Deutschland und Litauen als treue Nachbarn gemeinsam am edlen Friedenswerk des Wiederaufbaus tätig sein werden.“

Berlin, den 23. März 1918.

ge. Smetona, „Präsident.“

Auf dieses Telegramm der litauischen Delegation ging folgende Antwort des deutschen Kaisers ein:

„Wir das anlässlich der Anerkennung des unabhängigen litauischen Staates an mich gerichtete Telegramm spreche ich Ihnen, Herr Präsident, und den Mitgliedern der litauischen Delegation meinen Dank aus. Ich habe mich gefreut, daß der Siegessieger Litauen vom russischen Joch befreit und es mir ermöglicht hat, Litauen als freien und unabhängigen Staat wieder herzustellen. Die Unterdrückung seines nationalen Lebens hat damit nach langer, trüber Zeit ihr Ende erreicht. Ich hoffe zuversichtlich, daß Litauen bald als Staat erblühen wird und daß die engen Beziehungen, die es fortan mit dem Deutschen Reich verbinden sollen, diese Entwicklung sichern und fördern werden.“

„Wilhelm, I. R.“

Die polnischen Verhältnisse haben sich seit diesem Telegrammmersehl grundlegend geändert. Aber die Einstellung Deutschlands zur Frage der litauischen Unabhängigkeit ist dieselbe geblieben. Deutschland hat und hat heute noch diejenige Macht, die das größte Interesse an der Existenz eines litauischen Staates besitzt. Die heute in Rußland regierenden Kreise scheinen das aber nicht wahr haben zu wollen. Sie lägen nicht nur auf gründenabwärtiger Freigebigkeit die Vergangenheit an, sondern schäufeln sich auch, Deutschland als den gefährlichsten Feind ihrer Selbständigkeit erscheinen zu lassen.

Offland-Woche.

Deutsch-polnische Beiräte.

Der Polnische Wirtschaftsbund hat den Vorstoß des Deutschen Wirtschaftsbundes angenommen, ein Comité Polen-Deutschland in Danzig zu veranstalten. Der deutsche und der polnische Rohstoffverband veranstalteten ein Kundentreffen Berlin-Warschau. Es ist das erstmal, daß der deutsche und der polnische Rohstoffpost miteinander in enge Sühnung gekommen sind. In der Gesamtberatung fand die deutsche Mannschaft an erster Stelle. Als helle Fahrt belegten die ersten Plätze der Deutsche: Hauswaldt, Krüsk, Hupfeld und Suhrmann.

Der Verband der kaufmännischen Vereine Pomerellens plant für seine Mitglieder eine Studienreise durch Deutschland, um die polnischen Kaufleute mit deutschen Waren und der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie vertraut zu machen. Diese Reise wird vermutlich im September durchgeführt werden.

In Erinnerung des im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten Besuchs polnischer Journalisten in Deutschland werden demnächst etwa zehn deutsche Journalisten auf Einladung der polnischen Regierung eine Rundreise durch Polen

unternehmen. Diese Fahrt soll die wichtigsten polnischen Städte betreffen und u. a. den Teilnehmer auch Gelegenheit geben, auf einem großen polnischen Landtag an einer Jagd teilzunehmen.

Kürzlich kam aus Weuthen ein Sonderzug mit deutschen Besuchern nach Krakau. Die Bergkapellenkapelle der „Carsten-Zentrumtuben“ war mitgenommen und begleitete die Reisetilnehmer in den Mariendom, wo beim Gottesdienst — vielleicht nach Jahrhunderten zum erstenmal wieder — deutsche Kirchenlieder erklangen. Weiter veranstaltete die Bergkapelle ein Konzert zugunsten der durch das Hochwasser Gefährdeten, was von der polnischen Öffentlichkeit mit Genugtuung begrüßt wurde.

Die Deutsch-Polnische Handelskammer.

Die Deutsch-Polnische Handelskammer Breslau-Berlin hielt kürzlich ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Einrichtungen der Kammer, die weiter ausgebaut werden konnten, sehr teure in Anspruch genommen wurden. Die Tätigkeit befand vorwiegend in der Auskunftserteilung über Absatzmöglichkeiten, über Rechts-, Zoll-, Steuer-, Verkehrs- und allgemeine Wirtschaftsfragen sowie in der Benennung von Vertretern. Eine der

wichtigen Aufgaben der Kammer bildete die Schlichtung von Streitigkeiten und die Eintreibung von Forderungen. Der Vizepräsident, Dr. Freiherr von Gregorj, führte über die zukünftigen Aufgaben der Kammer u. a. aus: Es sei zu hoffen, daß ihr Wirken in der letzten Atmosphäre der politischen Verständigung mit Polen, die durch Adolf Hitler eingeleitet wurde, größere Erfolge erzielen werde. Das politische Abkommen zwischen Deutschland und Polen und das Protokoll über die Liquidierung des Volkrieges hätten neue Möglichkeiten und Voraussetzungen auch für die Wirtschaftsverbindungen zwischen beiden Ländern geschaffen. So daß der deutsch-polnische Handelsverkehr in absehbarer Zeit eine wesentliche Ausdehnung erfahren werde. Es sei geplant, eine Zweigkammer der Deutsch-Polnischen Handelskammer in Warschau zu errichten.

Ein kirchlicher Außenleiter.

Senator Dr. Pant hat sich durch seine fortgesetzten geistigen Angriffe gegen das neue Deutschland außerhalb der deutschen Volks-gemeinschaft gestellt. Sein kirchlicher Klerikalismus, der die Kirche für das Wichtigste und das Volkstum für eine Nebenfrage hält, hat den deutschen Volkgruppen in Polen jede weitere Zusammenarbeit mit ihm unmöglich gemacht. Die Jungdeutsche Partei hat schon seit langem einen klaren Trennungsschritt gegen Dr. Pant gezogen. Jetzt haben sich endlich auch die anderen Gruppen veranlaßt gesehen, in aller Form gegen diesen ideo-logischen Außenleiter Stellung zu nehmen. Der „Zentralausschuß der Deutschen in Polen“ hat eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: „Senator Dr. Pant habe seinen „Blatte Der Deutsche in Polen“ in den letzten Monaten niedrige Artikel veröffentlicht, die das nationale Empfinden der Mitglieder der deutschen Volkgruppe in einer Weise verletzen mußten, daß eine Zusammenarbeit mit ihm als dem geistigen Eräger dieses Blattes unmöglich ist. Auch der Deutsche Volksbund für Polnisch-Schlesien ist in einer Erklärung von Dr. Pant abgerückt. Dieser war bis vor kurzem der 2. Vorsitzende des Volksbundes, legte sein Amt aber mit einer gegen den Volksbund gerichteten Polemik nieder. Die Amtsniederlegung erfolgte zwei Tage vor Ablauf seiner Wahlperiode. Dr. Pant wäre obdem nicht nur in den Vorstand des Volksbundes gewählt worden. Es ist nur zu bedauern, daß sowohl der Zentralausschuß wie der Volksbund so lange gebraucht haben, um zu dem Entschluß, die Beziehungen zu Dr. Pant abzubrechen, zu kommen. An der feindseligen Einstellung dieses Klerikals gegen die deutsche Erneuerungsbewegung konnte schon seit einem Jahre nicht mehr der geringste Zweifel bestehen.“

Verbotene Heftblätter.

„Der Deutsche in Polen“, das Organ des klerikalischen Dr. Pant, wurde auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 bis zum 30. November 1934 für das Reichsgebiet verboten. Nur das Gebiet der Freien Stadt Danzig wurde das Blatt, das fortgesetzt beleidigende Angriffe gegen das nationalsozialistische Deutschland richtet, für die Dauer von sechs Monaten verboten. Auf unbestimmte Zeit wurde die „Polonia“, das übliche Heftblatt des Rebellenhäuptlings Koronty, für das Reichsgebiet verboten. Das in Kattowitz erscheinende Blatt der „deutschen Sozialdemokraten“, der „Volkswille“, wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt. Der verantwortliche Redakteur wird sich wegen Beleidigung Adolf Hitlers vor einem polnischen Gericht zu verantworten haben.

Der Internationale Geographenkongreß.

Die offizielle „Goyeta Polka“ befristete sich am 16. August mit dem Geographenkongreß. Einige Stellen aus ihrer Vorlesung auf dem Kongreß verdienen Beachtung; so schreibt das Blatt u. a.: Die Teilnahme deutscher Geographen an dem Warschauer Kongreß sei für Polen „ein wirklich großer Erfolg“. „Die Deutschen gehören nicht zur Internationalen Geographen-Union und wollten trotz mehrfacher Aufforderung anderer Länder bis jetzt an keinem Kongreß teilnehmen. Auf dem Warschauer Kongreß jedoch haben sich die Deutschen selbst angeschlossen. Wir sind sehr zufrieden, daß wir das erreicht haben, worum sich andere Staaten vergeblich bemüht haben.“

Bezeichnend ist eine Bemerkung der „Goyeta Polka“ über den Vorsitzenden des Kongresses, den amerikanischen Geographen Prof. Joseph Bowman; sie begrüßt diesen polnischen Professor mit besonderer Freude und schreibt: „Besonders freudig nimmt uns das Kommen Dr. J. Bownmans. Er ist ein großer Freund Polens. Während des Versailles Kongresses gehörte er zu dem Dreierzusatz, der die Grenzen Polens absteckte. Er legte es durch, daß dieser Zusatz das ganze Oppeln, Schlesien und Danzig für Polen verlangte. Als die Politiker sich diesen Projekten widersetzen, verließ Dr. Bowman, da er sich mit dieser unangenehmen (1) Sache nicht identifizieren konnte, die Kommission und nahm an ihren weiteren Arbeiten nicht teil. „In seinem Buch „New World“, das nach dem Kriege herauskam, vertritt Dr. Bowman den polnischen Charakter Polens.“

Die amerikanischen Polen und der Weltbund der Polen.

Der „Kurjer Warszawski“ hatte ein Interview mit dem Führer des Polnischen Volksoberbanke in den Vereinigten Staaten, Smetlicki, veröffentlicht, in dem dieser u. a. erklärt hatte, daß

die amerikanischen Polen dem Weltbund der Polen nicht beitreten könnten, da sie sich vor allem als Amerikaner und dann erst als Polen fühlten, und da es ihnen, die ihrer neuen Heimat so viel verdanken, nicht möglich sei, sich einer von Warschau geleiteten Institution unterzuordnen. Smetlicki hat dieses aufstrebende Interesse später demantiert und seinen Inhalt als „freie Gründung“ des Berichterstatters Stefan Kleczkowski bezeichnet. Letzterer aber bleibt, daß die amerikanischen Polen dem Weltbund bisher beigetreten sind, und daß das Interesse ihnen recht erfaucht ist. Ist das, daß die Polen aus Amerika sich bei der Ablehnung ihres Beitritts zum Weltbund von Ermögungen haben leiten lassen, wie sie in dem Interview des „Kurjer Warszawski“ zum Ausdruck gebracht worden sind. Die offizielle Begründung, die die amerikanischen Delegierten für ihre Fernbleiben vom Weltbund gegeben haben, hat folgenden Wortlaut: „Im Namen unserer Organisationen melden wir uns zur Zusammenkunft mit dem Weltverbände der Ausländerpolen auf kulturellem Gebiet unter dem Vorbehalt an, daß unsere Entscheidung der Billigung der obersten Instanzen, d. h. der leitenden Organe und der Versammlungen unserer Organisationen unterliegt.“

Der verhaftete Auslandspolen.

Kürzlich brachte die „Goyeta Polka“ eine Notiz, wonach der der „Polizei bekannte Revolutionär“ Cadeby Kirjak in Warschau auf der Straße eine Massenversammlung zu veranstalten suchte, indem er an die Arbeitsstätte verlassenden Arbeiter „eine aufrufende Rede“ zu halten begann. Die Polizei vertrat die Verammelten und nahm den „revolutionären Agitator“ fest. Mit diesem Cadeby Kirjak hat es seine eigene Bemerkung. Er ist amerikanischer Bürger und war nach Warschau gekommen, um an dem Kongreß der Auslandspolen teilzunehmen. Er wies sich im Büro des Kongresses als der Abgeordnete der polnischen Arbeiter in den amerikanischen Oststaaten aus. Gegen die von ihm vorgesehene Rede wurde jedoch von Vertretern des Kongressbüros Einspruch erhoben, so daß Kirjak der Zutritt zu den Sitzungen des Kongresses verweigert blieb. Der Grund für die Ablehnung ist in der politischen Einstellung Kirjaks zu sehen, der als Marxist den zielgerichtet streuen Kongreß auf dem Kongreß nicht genehmigbar. Als er weder zum Kongreß zugelassen wurde, noch eine schriftliche Befestigung seiner Nichtzulassung erhielt, verurteilte Kirjak die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken, indem er nach Schluß der Arbeitszeit einer großen Polnisch Aufstellung nahm und an die Arbeiter eine Ansprache zu halten verurteilte. Die Polizei hat ihn daraufhin kurzweg verhaftet.

Spaltung in der Bauernpartei?

Die polnische Bauernpartei ist seitdem sich der ehemalige, nun Pilsudski geführte Ministerpräsident Witos in der Ebene in Sicherheit gebracht hat, führerlos geworden. Dazu kommt noch, daß die gegenwärtige Lage der polnischen Regierung um die Kleinbauernföhrer oppositionellen Bauernpartei mit einigem Erfolg dem Wind aus den Segeln zu nehmen verurteilt. Viele Umstände scheinen zu einer Spaltung der Partei führen zu wollen. Ein Teil der Bauernpartei beschäftigt sich dem Regierungslager zu nähern und die Oppositionsstellung aufzugeben.

Die Lichtspieltheater in Polen.

Nach Angaben des polnischen Statistischen Hauptamtes wird die Zahl der Lichtspieltheater in Polen im Jahre 1933 mit 752 angegeben, darunter 360 Konjunkttheater. Durch vergleichende Zahlen mit den anderen Ländern Europas ergibt sich, daß Polen in dieser Hinsicht ziemlich weit zurück liegt. In Deutschland z. B. wurden 560 Lichtspieltheater gezählt. Die Hauptstädte sind 54 Theater, die Wojewodschaft Warschau 55, Pody 72, Kielec 67, Lublin 41, Bielsk 33, Wroclaw 30, Konegork 14, Dolzsin 12, Wolhynien 25, Polen 66, Domsbratzen 45, Schlesien 17, Krakau 55, Vemberg 78, Stanislaw 27 und Carnopol 27.

Im letzten Jahre wurden in Polen 849 Filme zur Vorführung zugelassen, wovon 152 (also der Fünftelteil) amerikanischen Herkunft waren. 157 wurden in Polen, 52 in Frankreich, 13 in England, 9 in Österreich, 10 in der Tschechoslowakei und 34 in Deutschland hergeführt. Also nur 34 deutsche Filme waren in Polen zugelassen, obwohl der deutsche Film nach Qualität und Inhalt an der Spitze marschiert. Zu bemerken ist außerdem noch, daß die deutschen Filme keineswegs in der deutschen Saffung liefen, die auch die meisten Polen verstanden, sondern in französischer, englischer oder ungarischer. Im Jahre 1932 wurden 80 deutsche Filme zur Vorführung zugelassen, 1928 waren es 178.

Kollektiv-Gemeinden in Polen und Westpreußen.

Durch die im polnischen Gesetzblatt veröffentlichte Verordnung des Innenministers über die Organisation der kollektiven Gemeindegemeinschaften in 14 Kreisen der Wojewodschaft Pommern und 24 Kreisen der Wojewodschaft Polen ist das neue Selbstverwaltungs-gesetz vom 13. März 1933 und damit die kommunale Neuordnung in den ehemals deutschen Landesteilen in Kraft getreten. Der neuen, von der polnischen Oppositionspresse beschriebenen Kommunalreform liegt der Gedanke zugrunde, die

ländlichen Ortschaften zu einer Interessengemeinschaft zusammenzufassen, die kleinen, finanziell schwachen Gemeinden vor zu starker Steuerlicher Anspannung zu schützen und den Mangel fähiger Personen zur wirksamen Selbstverwaltungsbearbeitung auszugleichen. Es darf hierbei nicht verkant werden, daß die auf zentralpolitische Verhältnisse zugeschnittene kommunale Neuordnung keineswegs den Bedürfnissen der kulturell und wirtschaftlich hochstehenden polnischen Weltgebiete entspricht. Die erhoffte Ablicht einer besseren Entwicklung der Kommunen durch Zusammenlegung mehrerer Dörfer und Ortschaften zu Kollektionsgemeinden muß deshalb stark in Zweifel gezogen werden. Die kommunale Verfallung in den polnischen Weltgebieten erstreckt sich aber dem preußischen Aufbau und gliederte sich in Gemeinden und Amtsbezirke. Durch die erwähnte Verordnung werden die einzelnen Kreise in Sammelgemeinden von fünf bis zwölf Einheiten aufgelöst, die in der Wojenodschaft Polen durchschnittlich 150 qkm mit etwa 6200 Einwohnern umfassen. Während zum Beispiel die Kreise Birnbaum, Obornik, Ramisch und Wreschen nur je fünf Sammelgemeinden aufweisen werden, sind die Kreise Ostrowo und Kempen in je zwölf Gemeinden zusammengefaßt worden. Es kommt dabei häufig vor, daß kleine Städte als Sitz der Kollektionsgemeinden bestimmt worden sind, so daß es neben der Stadtgemeinden noch eine Dorfgemeinde gibt. Abgesehen von den bisher noch nicht eingestellten drei polnischen Kreisen gibt es in der Wojenodschaft Polen 188 Kollektionsgemeinden, deren Zahl sich nach der nötigen Neuordnung auf etwa 210 erhöhen wird. Der Ausgleichung ist der Umfang der alten Amtsbezirke zugrunde gelegt, deren räumliche Ausdehnung jedoch in vielen Fällen erhöht worden ist. In Pommernellen sind in 14 von insgesamt 16 Kreisen die Grenzen von 133 Sammelgemeinden bestimmt worden. Ihre durchschnittliche Größe beträgt 111 qkm mit rund 5380 Einwohnern. Die Größe der einzelnen Gemeinden ist sehr verschieden und schwankt zwischen 87 qkm im Kreise Ostrowo und 213 qkm im Kreise Obornik. Gleich große Unterschiede weisen die Bevölkerungsabfälle auf. Bis zur endgültigen Umstellung der alten kommunalen Verfassung werden noch Monate, wenn nicht Jahre vergehen.

Die Hofwaffenfabrik.

Die Krakauer Landwirtschaftskammer hat ihre Erhebungen über die Schienen, welche die Hochwalzstraßenwerke vom Juli d. J. an in Betrieb der Welt im Wert von 188 Millionen angesetzt hat, im wesentlichen abgeschlossen. Nur aus zwei Kreisen fehlen noch die Angaben. Danach ergaben sich folgende Zahlen für die von dem Hochwalzwerk angerichteten Schäden: Die Zahl der überförmigerten Gemeinden betrug 1083. An ihnen wurden 72 753 Wirtschaften zerstört, von denen 337 400 Menschen lebten. Die Zahl der umgekommenen Menschen betrug 55, an Wied erkrankten 92 Pferde, 334 Stück Hornvieh, 2479 Schweine und rund 14 000 Stück Geflügel, 1088 Biennälische und 34 000 Obbläume wurden vernichtet. Das Wasser überflutete 22 800 Hektar Roggenfelder, 20 500 Hektar Weizenfelder, 8500 Hektar Gerste und 3000 Hektar Hafer. Verloren man dazu die übrigen, in geringem Maßße angebaulichen Getreidearten, so würden im ganzen 65 900 Hektar Getreidefelder überflutet. Dazu kommen 28 764 Hektar Rüben- und Kartoffelfelder, 10 500 Hektar Klee, 13 200 Hektar Weizen und 11 700 Hektar Weiden. Insgesamt wurden über 130 000 Hektar landwirtschaftlich genutztes Gelände allein im Bereiche der Wojenodschaft Krakau überflutet.

Zweil wegen Zyrardow.

Der Fall der Zyrardower Textilwerke hat ein weiteres Opfer gefordert. Kürzlich hat der Warschauer Rechtsanwalt Alexander Cednicki Selbstmord verübt, weil er die in der Zyrardower Anzeigengabe gegen ihn erhobenen Beschuldigungen der polnischen Presse nicht mehr ertragen zu können glaubte. Nun hat der Sohn des Verstorbenen, Professor Wenzel Cednicki, den ehemaligen polnischen Finanzminister Janos Czajkowski in diesem Zusammenhang eine Erklärung seines Vaters gefordert. An dem Tage, das am 22. August stattfand, wurde Czajkowski schwer verwundet. Der Fall hat in den polnischen Kreisen Polens großes Aufsehen erregt.

Der polnisch-russische Handelsvertrag.

Polen hat aus Sowjetrußland in den letzten Jahren vornehmend Erze, Lebensmittel und tierische Produkte eingeführt. Dagegen hat es nach Sowjetrußland Schienen, Eisen und Stahl, Zink, Eisen- und Stahlabfälle geliefert. Die Bilanz im polnisch-russischen Außenhandel ist mit Ausnahme der Jahre 1927 und 1928 für Polen häufig aktiv gewesen. Im Jahre 1925 betrug der Aktienlohn: 45 Mill. Zloty, 1926: 42 Mill. Zloty, 1930: 83 Mill. Zloty, 1931: 89 Mill. Zloty, 1932: 42 Mill. Zloty. Da Sowjetrußland gegenwärtig eine Politik betreibt, die auf einen Ausgleich der Handelsbilanz mit allen Ländern hinführt, ist damit zu rechnen, daß Polen in den nächsten Jahren nicht mehr mit so bedeutenden Ausfuhrüberschüssen wie bisher wird rechnen können, zumal sich in den beiden letzten Jahren auch ein harter Rückgang des Gesamthandels bemerkbar gemacht hat. Die Ausfuhr Polens nach der Sowjetunion läßt sich vornehmlich auf Erzeugnisse, die Rußland zur Verwirklichung seiner großen Industrialisierungspläne

benötigt. Diese Pläne sind darauf eingestellt, Rußland in Zukunft mit industriellen Selbstherstellern zu machen. Nach Maßgabe ihrer Realisierung ist notwendigerweise mit einer Einschränkung der Fertigungsmaschinenfuhr zu rechnen. Ähnlich wird mit einer Strukturänderung der russischen Ausfuhr gerechnet. Unter diesen Umständen werden die Ausfuhraussichten Polens nach der Sowjetunion für ungünstig gehalten. Man tröftet sich in Polen damit, daß die Auswirkungen der Industrialisierungspläne der Sowjetunion sich nicht allein auf Polen, sondern auch auf alle anderen mit Sowjetrußland handelnden Länder erstrecken werden.

Die Organisation der Binnenschifffahrt im Oderstromgebiet.

In den letzten Wochen wurden die örtlichen Schiffsahrtsvereine in Stettin, Frankfurt a. O., Breslau und Ratibor im Verein mit der Oberstromschiffahrtsvereine in Berlin zur gemeinsamen Zusammenschließung. Der neue Verein, der seinen Sitz in Breslau hat, ist hervorgegangen aus der Verschmelzung des Pommerellen Binnenschiffsahrtsvereins in Stettin, des Brandenburgischen Oberstromvereins a. B. in Frankfurt a. O., des Schlesischen Oberstromvereins in Breslau, des Schiffsahrtsvereins zu Breslau e. B. und des Oberfließischen Oberstromvereins e. B. in Ratibor. Der Verein umfaßt als Zwangverein des Zentralvereins für deutsche Binnenschifffahrt e. B. alle im Oderstromgebiet tätigen Verwaltungen, Betriebe und Persönlichkeiten, die am Ausbau und Verkehr der Oderwasserstraßen beteiligt und interessiert sind. Es ist ein wirtschaftspolitischer Verband im Sinne des bevorstehenden berufständlichen Ausbaus, sondern ein freier Verein, der im Rahmen der Selbstverwaltung die Organisation des Binnenschiffsahrtsverkehrs, die Binnenschiffahrt für die Hebung und Förderung der Schiffahrt auf der Oder eintritt und dieses Ziel in der Gemeinschaftsbearbeitung aller Beteiligten auf technisch-wirtschaftlich-mittelständlichen Gebiete zu erreichen sucht.

Gutes Ergebnis der 22. Deutschen Olmsee.

Die 22. Deutsche Olmsee, die vom 19. bis 22. August in Königsberg stattfand, ist die bisher größte in Königsberg veranstaltete Messe geworden, sowohl in Bezug auf die Zahl der Aussteller als auch der Besucher. 120 000 Personen, darunter 2500 Ausländer, haben die 22. Deutsche Olmsee besucht. So daß der vorjährige Rekordbesuch von 96 000 Menschen um über 20 v. H. übertraffen worden ist. Unter den Auslandsbesuchern, die sowohl Kaufinteressenten als Silber der Wirtschaft und der Landwirtschaft, Studienkommissionen und Delegationen umfassen, waren Polen, Lettland, Litauen, Estland, Schweden, die Sowjet-Union, Finnland, die Türkei, England, Frankreich und China vertreten. Auffreudlich ist durch die Maßnahmen des nationalpolitischen Staates mit der polnischen Wirtschaftszusammenarbeit durch die deutsche Wirtschaft, der Aufbau von Ausstellungshallen durch Polen und Lettland und der gute geschäftliche Verlauf der 22. Deutschen Olmsee haben die neue wirtschaftliche Bedeutung Ostpreußens bewiesen. Das Gesamtergebnis über den geschäftlichen Verlauf der 22. Deutschen Olmsee läßt sich dahin zusammenfassen, daß das Geschäftsergebnis in allen Zweigen gut gewesen ist. Erhebungen ergaben, daß zahlreiche Aussteller Gelegenheit hatten, mit Kaufinteressenten aus den Oststaaten in Verbindung zu kommen.

Neues Industrieunternehmen in Marienburg.

Im Rahmen des ostpreussischen Industrialisierungsplans hat Marienburg ein neues Industrieunternehmen erhalten. Neben den neuen Ostpreussischen Dauermilchwerken, die in Marienburg bereits geschaffen wurden und die ein Unternehmen sind, das mit dem neuesten technischen Maschinen ausgestattet ist, sind modernsten Unternehmen des Ostens gehört, dürfte die neue Olmsee die wichtigste Fabrik a. m. b. H. die einzige Fabrik ihrer Art im Ostpreussischen sein. In aller kürzester Zeit kann mit der Betriebnahme des Werkes begonnen werden. Das Hauptarbeitsgebiet der neuen Fabrik ist die Herstellung von Kerzen aller Art, wie Hausballen- und Baumkerzen, Abdomt- und Geburtstagskerzen, auch alle Arten von Kerzen für kirchliche Zwecke, von den einfachsten bis zu den reich verzierten. Da die Wachsfabrik die einzige im Osten ist, und die größeren Fabriken tief in Deutschland in der Hauptsache im Westen und Süden liegen, rechnet man damit, daß der Absatz recht groß sein wird. Eine wichtige Frage für die Neugründung war die Rohstoffbeschaffung, da außer den im Inlande vorhandenen Rohstoffen zur Herstellung von Kerzen auch solche aus dem Ausland erforderlich sind: Paraffine, die teils aus dem Inlande, teils aus dem Ausland, besonders aus Amerika kommen, Bienenwachs, das aus Deutsch-Ostafrika eingeführt wird, und Pflanzenwachs, das aus Preußen bezogen wird, ferner Opokerit, ein Bergwachs, das nur in der Ostpreussischen vorkommt. Außer den Kerzen werden Halbfabrikate in der verschiedensten Zusammenlegung für die chemische Industrie hergestellt. Die Produktion erzeugt, die ganz besonders in der Vorbereitung der Paraffinblocken für die chemische Industrie, die Produktion geferner die Herstellung von Bohnerwachs in fester und flüssiger Form, dazu kommen Wachsfabrikate, wie z. B. Aus-

publizist für Schuhfabriken, Wachschnüre für Eisengießereien, Wachssocken, Lederette u. a. m. Zur Herstellung dieser Sphärikate mehrere Miniaturwerkstände, die aus Metallblech gefertigt werden. Zur Herstellung dieser Werkzeuge sind im ganzen Werk 35 Schleute aus dem Reich herangezogen. Zunächst soll mit einer kleineren Anzahl von Arbeitskräften begonnen werden; man hofft jedoch, in kürzester Zeit die Belegschaft auf 40 Mann zu erhöhen.

"Flüssiger Bernstein"

Die Werbeaktion für den ostpreußischen Bernstein hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß sich der Absatz um das Dreifache des bisherigen erhöht hat. Um neue Verwendungsarten für Bernstein zu finden, hat die Staatliche Preußische Bergwerks- und Hütten-A.-S. ein Preisaus schreiben durchgeführt, das ein überragendes Resultat erbracht hat. Der Berliner Chemiker Ernst Kaufe hat als Bewerber in diesem Preisaus schreiben ein Verfahren zur Herstellung einer Bernsteinlösung entdeckt, die sich als Schutzbegzug für alle Metalle hervorragen zeigt. Der Berliner Chemiker hat es fertiggebracht, Bernstein, der erst etwa bei 300 Grad schmilzt, auf kaltem Weg in eine sehr dünnflüssige Lösung aufzulösen. Wenn dieser „flüssige Bernstein“ auf Metallteile aufgetragen wird, ergibt er nach dem Verdunsten der Flüssigkeit einen dünnen Schutzüberzug, der auch scharfsten Augen nicht erkennbar ist. Die Lösung verbindet sich dabei sehr schnell und dauerhaft mit Metallen, und in kurzer Zeit ist der Schutzüberzug so hart und widerstandsfähig wie keiner der bisherigen Schutzmittel aus Schmelze. Die neue Erfindung ist nach den bisherigen Verläufen sehr wertvoll für die Schiffahrt, denn der Bernsteinüberzug wird von Seevögeln kaum angegriffen. Der flüssige Bernstein ist auch besonders dazu geeignet, empfindliche Apparate aller Art, optische Geräte, Schwachstromkabel, Telephone und anderes feindrückungslos zu machen, ein Problem das bisher noch immer seiner endgültigen Lösung harpte, obwohl man seit vielen Jahren mit großen Mitteln verfuhr, für empfindliche Gegenstände einwandfreie Schutzüberzüge gegen die zerstörende Wirkung des Meeres und des Sprossens hin zu stellen.

Die „Kosovische Zeitung“.

Die Kosovier Regierung hat den Gebrauch nichtkeilscher Ortsnamen verboten. Das deutsche Blatt der Panschlesische, die „Kosovische Zeitung“, muß daher seinen alten Namen ändern. Es wird den estnischen Charakter allerdings nicht den Sessel tan, sich nicht nur „Kosovische Zeitung“ zu nennen, wie es ein deutschfeindliches Blatt durch das Ethos verfahren für eine Weltspitze hielt, von ihm verlangt hat. Sondern es wird von jetzt an „Estländische Zeitung“ heißen.

Veltierler Sprachentor.

Nach den neuesten Bestimmungen in Veltland ist der Gebrauch der Fremdsprachen stark eingeschränkt worden. Um Deere, in der Selbstverwaltung und bei den Staatsbehörden ist der

Gebrauch von Fremdsprachen verboten. Selbst in geschlossenen Versammlungen im Handelsverkehr, in der Literatur und in religiösen Gemeindefällen sind der Verwendung von Fremdsprachen ohne Grenzen gezogen. Auf allen öffentlichen Versammlungen und bei den verschiedenenartigen Vorträgen muß die lettische Sprache gebraucht werden. Nur in Ausnahmefällen darf eine Fremdsprache angewandt werden, und dieses nur mit der Erlaubnis des Innenministers oder dessen Bevollmächtigten. Alle diejenigen, die die Zustimmung über den Gebrauch der Staatsprache übertreten, werden für immer bestraft mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder einer Geldstrafe bis zu 1000 Lat. Wenn jetzt also eine deutsche Organisation in ihren eigenen Räumen einen Abend mit völkischen Programm, Vorträgen, Gesängen usw., veranstalten soll, so darf dieses in Zukunft nur noch mit Genehmigung des lettischen Innenministers geschehen. Salls hierzu die Genehmigung nicht erteilt wird, muß der ganze Abend in lettischer Sprache stattfinden oder abgelaßt werden.

Die Auslandsreisen in Europa.

Der Verein für das Entium im Ausland“ veranstaltet Ende September einen Ausreise-Ausflug in die europäischen Staaten. Die Fahrt wird in erster Linie für die Mitglieder und Freunde des Vereins veranstaltet. Sein Ziel ist, Verbindungen mit den Elten in Europa zu schaffen. Die Rundreise führt die Teilnehmer durch 11 Staaten und berührt Städte wie Riga, Königsberg, Berlin, Osnabrück, Utrecht, Brüssel, Paris, Verdun, Bad Dürkheim, Mannheim, Welf, München, Wien, Budapest und Prag. Aufwertsahrt ist ferner vorgesehen in Südfrankreich und in den Weinbergen Deutschlands. Die Teilnehmer werden überall von den Auslandseltern und ihren Vereinen empfangen werden. Die Reise dauert ungefähr 30 Tage.

Ost-Preisenaus schreiben für Schüler.

Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat ein Schreiben an die Unterrichtsverwaltungen der Länder gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß im Jahre 1935 erste Preise Erfahrungen mit einem Schülerpreis aus schreiben gemacht worden sind, durch das eine freie Weise mit dem Schreibe des Ostpreußen zwischen Europa und Memel für diejenigen Schüler ausgesprochen worden war, die an ihrer Schule die beste Arbeit über ein Thema des deutsch-ostpreußischen geschrieben hatten. Die vorgelegten Arbeiten hatten starkes Interesse und große Begeisterung der Jugend für den Osten gezeigt und bewiesen, daß durch derartige Ausstellungen wertvolle Anregungen für die Bickrichtung der deutschen Jugend nach dem Osten gegeben werden können. Die späteren Berichte der Jugendeltern über diese Fahrten haben gezeigt, daß die Eindrücke der Reise auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Es ist deshalb beabsichtigt, ein solches Preis aus schreiben in nächster Weise im Jahre 1936 zu wiederholen. Das Thema des diesjährigen Ostpreußen werden für das Jahr 1935 das durch die Industriestellung eines großen, besonders für Jugendtransporte eingerichteten dritten Schiffes besondere Bedeutung erlangt, wieder Schülerpreise ausgesprochen werden.

Die ausländische Presse in Europa.

Eine zahlenmäßig beträchtliche tschechische Volksgruppe ist in Europa außerhalb des tschechischen Staates nur in Österreich vorhanden. Es handelt sich aber auch dort nicht um bedeutende tschechische Siedler der geschlossene deutsche Volksboden reicht auch von der österreichischen Seite her in das Gebiet der Moldaurepublik hinein), sondern es handelt sich um eine städtische tschechische Bevölkerung, die sich fast ausschließlich auf die Großstadt Wien konzentriert, wo sie allerdings infolge der Nähe der tschechischen Grenze und dank der regen Unterstützung, die sie von Prag her aus politischen Gründen erfährt, eine über ihren zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung hinausgehende Bedeutung besitzt, weniger freiwillig als völkische Gruppe, sondern als politischer Faktor. Großenteils stammt dieses Wiener Czechentum noch aus der Zeit des Habsburger-Reiches. Es ist gut organisiert, unterhält politische Verbindungen wamentlich zu marxistischen Kreisen und besitzt eine eigene Presse, über eigene tschechische Blätter „Kavka“, „Národ“, „Tschekoslow“, „Kolonie“, „In“, „Schöpfung“, „Mehere“, europäischen Ländern.

Eine Übersicht über die ausländische Presse in Europa hat kürzlich das nationaldemokratische Blatt „Kawodský Vlyh“ (Beröcker) veröffentlicht. Demnach erscheinen in Österreich folgende tschechische Blätter: fünfmal wöchentlich erscheinen die „Bidenky Revny“ (Wiener Zeitung), viermal wöchentlich erscheint der „Bidenky Denik“ (Wiener Tageblatt) und einmal wöchentlich das Organ der tschechischen Vereine „Bidenky Věstnik“ (Wiener Anzeiger). Einmal wöchentlich erscheint das Blatt der tschechischen Katholiken in Wien, „Prauda“ (Die Wahrheit), einmal monatlich das Organ des tschechischen Schneidemeisterverbandes „Krejčovska Rovny“ (Schneiderzeitung). Gleichfalls monatlich erscheinen der „Vestnik českých Slovany obodni komory ve Vidni“ (Anzeiger der tschechischen Handwerkskammer in Wien), sowie drei Couriersammler: das Organ der tschechischen Couriersammler „Kurirkny Obor“ (Couriersammler), das Organ des tschechischen Couriers-

klubs „Kurirkny Věstnik“ (Couriersammler) und das Organ des tschechischen Couriersvereins „Kurirkny Rozhled“ (Couriersrevue). Weiter gibt es in Wien zwei religiöse Zeitschriften: das den Verehrer der tschechisch-österreichischen Katholiken geminderte Monatsblatt „Kavka“ (Parasiten) und der „Kurirkny evangeliku a Kavky“ (Anzeiger der tschechisch-österreichischen Evangelischen in Österreich). Endlich erscheinen in Wien noch zwei Revue. Viermal jährlich erscheint die vom Komemky-Verein herausgegebene Revue „Dvanaj“ (Donau) und das Organ der akademischen Jugend, die Revue „Kavaj“ (Milch). Je einmal jährlich erscheint dann die der tschechischen Jugend in Österreich geminderte Kinderzeitschrift „Uleh“ (Erstling). Demnach gibt es 14 tschechische Blätter in Österreich, die sämtlich in Wien herausgegeben werden.

In zweiter Stelle werden in dem genannten Artikel die Blätter der Tschen in Süditalien genannt. Das Organ des tschechisch-polnischen „Vedrochale“ in Lodz ist das „Vedrochale“ „Vogel“ „Voh“ „Schöpfung“ und der „Kurirkny evangeliku“ (Anzeiger der tschechisch-polnischen Evangelischen in Petrovaca) erscheinende Blatt „Kavka na Jednata“ (Volksgemeinde). Außerdem erscheinen drei Monatsblätter: „Kavaj“ (Volk der Leben) in Petrovaca, weiter das ausschließlich über religiöse Dinge schreibende Blatt „Kavajevsky Hlasnik“ (Evangelischer Herold) in Staro Topova und die ausschließlich religiöse Zeitschrift „Kadej“ (Hoffnung) in Rijad.

In Frankreich gibt es zwei landsmannschaftliche Blätter, die beide einmal monatlich erscheinen. Es sind dies das „Kavajevsky Hlasnik“ (Anzeiger der tschechisch-polnischen „Paris“) und der gleichfalls in Paris erscheinende „Slovenky Hlas“ (Slovakische Stimme). Die tschechische Volksgruppe in Polen, die im Gegensatz zu den meisten übrigen ausländischen tschechischen Gruppen nicht südlichen Charakter trägt, besteht — nur allem in Wolhynien — alles bürgerliches Kolonistenland darstellt, unterhält zwei Zeitschriften: den wöchentlich in Kowliow

in Wolygien erscheinen „Glas Wolyne (Stimme Wolyniens)“ und den einmal monatlich in Prag erscheinenden „Kas Wubitel (Unser Erwecker)“, der für die im polnischen Grenzgebiet wohnenden Esthonen bestimmt ist. In Ungarn erscheint seit 1934 zehnmal jährlich in Zekesfaba die Zeitschrift „Slovenkarodina (Slowakische Familie)“. Ehendort erscheint der „Econajedky Hlasnik (Econajedky Fernruf)“. Außerdem erscheint in Budapest das slowakisch geschriebene ungarische Regierungsblatt „Slovenske Noviny (Slowakische Zeitung)“.

Über die in Deutschland angeblich vorhandenen Esthonen schreibt das erwähnte Blatt, daß die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Sobranieni Čechoslovak (Der ausländische Tschecho-Slowake)“ wegen finanzieller Schwierigkeiten Ende 1933 eingegangen ist. Die Zer-

ausgeber hätten sich jedoch mit dem Ausländischen Institut in Prag dann geeinigt, daß sie den in der Tschechi erscheinenden „Rajon (Der Landsmann)“, in dem ihnen eine besondere Rubrik eingeräumt worden ist, als ihr Organ betrachten.

Die Kolonie in der Schweiz; seit 1920 ein Monatsblatt „Vestnik československé kolonie ve Švýcarsku (Anzeiger der tschechoslowakischen Kolonie in der Schweiz)“ heraus, das Anfang 1934 in Form und Inhalt erweitert wurde und jetzt den Namen „Čechoslovak (Der Tschecho-Slowake)“ trägt. Die übrigen tschechoslowakischen Kolonien in Europa haben keine eigene Zeitschrift. Die Kolonie in Rußland gab früher die Zeitschrift „Slovenski Gajbenik (Slowakisches Wochenblatt)“ heraus, die 1932 wegen finanzieller Schwierigkeiten einging.

Der polnische Arbeitsdienst.

„In interessanter Weise setzte sich im „Kurier Poranny“ der bekannte Publizist der jungen polnischen Generation R. Sokolowski mit der Frage des Arbeitsdienstes auseinander. Nachdem er zunächst die Ziele und Methoden des deutschen Arbeitsdienstes kurz (und nicht immer richtig) charakterisiert hat, fährt er fort:

„Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß auch in Polen der Grundgedanke der Arbeitslager eine tiefe Begründung hat. Die große Anzahl der unbefriedigten primitivsten Inoffensivbedürfnisse, das Heranwachsen der jungen Menschen, die beschäftigt sein wollen, schließlich das im Volk eingerastete polnische Warten auf fremde Hilfe von außen her — all das spricht für das Nachdenken des deutschen Experimentes. Es sind aber auch Argumente, die dagegen sprechen.“

1. Da mit der allgemeine Dienstpflicht in Polen haben, brauchen die Jugendlichen bei uns nicht als Kaserne zu gelten.
2. Wir sind nicht das Volk, das so früh wäre, den Individualismus einem blinden Gehorjam und dem sog. Allgemeinwohl unterzuordnen.
3. Wir gehen nicht in Richtung der Reorganisation des Landes, sondern im Gegenteil, der Unzufriedenheit.
4. Wir haben und werden nicht die riesigen finanziellen Mittel zur Verfügung haben wie die Deutschen.
5. Das Ziel unserer politischen Verfassung ist nicht wie in Deutschland die „Reichshaltung.“

Platz unter Zwangsverwaltung.

Der seit langem vorbereitete Schlag gegen den Prinzen von Pleß ist nunmehr am 27. August erfolgt. Der Delegierte des Generalstaatsanwalts in Kattowitz hat bei den fünf Landgerichten Kattowitz, Pleß, Nicolai, Sobrau und Myslowitz, in deren Amtsbezirk die fünflichen Pleßschen Besitzungen gelegen sind, den Antrag auf Verhängung der gerichtlichen Zwangsverwaltung über alle Pleßschen Besitzungen gestellt. Diesem Antrag ist inzwischen bereits stattgegeben worden. Es handelt sich um 67 verschiedene landwirtschaftliche, forstliche und Industriebetriebe, die heute einen Marktwert von 500 Millionen Reichsmark repräsentieren. Im einzelnen sollen unter Zwangsverwaltung 30 000 Hektar Wald, 12 000 Hektar Ackerboden, mehrere Sägmühle und Ziegeleien, sieben große Kohlengruben und die große Brauerei in Eichau kommen. In allen diesen Betrieben sind auch heute noch, trotz der fortschreitenden Polonisierung, mehrere Tausend deutsche Beamte und Arbeiter beschäftigt, deren wirtschaftliche Zukunft durch dieses polnische Vorgehen aufs schwerste bedroht ist. Der Antrag wird von dem Delegierten des Generalstaatsanwalts damit begründet, daß die in der letzten Zeit stattgefundenen Zwangsversteigerungen nur einen Minimalerfolg aufzuweisen hätten. Die Finanzbehörden würden niemals die Möglichkeit haben, auf diesem Wege die Steuerrückstände, die zusammen mit den Verzugszinsen etwa 11 Millionen Zloty betragen, beizutreiben. Es verbleibe somit nur der Weg der Zwangsverwaltung.

Der Steuertritt des Prinzen von Pleß mit dem polnischen Fiskus tritt damit in sein letztes schärftes Stadium ein. Der Prinz hat wiederholt den ernsten Willen zu erkennen gegeben, mit dem Fiskus einen Ausgleich zu treffen. Eine Steuersumme von 11 Millionen Zloty ist er allerdings nicht in der Lage, zu zahlen, und es wird auch keinem Zwangsverwalter gelingen, einen nur annähernd so hohen Betrag herauszuwirtschaften und ihn für den Staat sicherzustellen. Die schwere Wirtschaftskrise ist an keinem Großbetrieb spurlos vorübergegangen. Die Steuerrückstände fast sämtlicher Großbetriebe Polens betragen heute etwa das Doppelte einer Jahresabrechnung, und die Gesamt rückstände an direkten Steuern überschreiten das Doppelte des im Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr vorgezeichneten Betrag. Der Prinz von Pleß ist also nicht der einzige Steuerhülner des Staates. Wenn die Behörden gegen alle Steuerhülner in gleicher Weise vorgehen wollten wie gegen den Prinzen von Pleß, dann gäbe es morgen in Polen keinen einzigen privaten Wirtschaftsbetrieb mehr; denn dann müßte der Staat über alle die Zwangsverwaltung verhängen.

Sokolowski will im Arbeitsdienst nur die erste Etappe sehen, die notwendig ist, um die polnische Jugend auf die neuen, sie erwartenden Aufgaben vorzubereiten. (Als solche Aufgaben bezeichnet er die wirtschaftliche Ordnung der polnischen Ostgebiete, die Steigerung des Konsums in den Dörfern, die Beschaffung von Arbeitsplätzen für 400 000 städtische und 1½ Millionen ländliche Arbeitslose.) Die zweite Etappe sieht er in Verbänden, die der älteren Jugend eine fachmännische Ausbildung gewähren. „In kleinen, ausgewählten Kreisen könnten sie ihre Tätigkeit mit Verbesserungen an Häusern, Wohnungen, täglichen Gebrauchsgutartikeln beginnen, dann zu kleinen Handwerksstätten übergehen (Produktion von Kleidung, Wirtschaftsgütern) und schließlich mit der Schulung von Fachleuten auf speziellen Gebieten, wie z. B. Rüstungsindustrie, Konstruktionsfabrikation, Seidenindustrie usw.“. Hierbei wäre für kleine, aber das Gesamtvolk betreffende Arbeiten Möglichkeit gegeben (Anbau von Getreide, Obst, Anlage von Gärten usw.). Es wäre dies bei der Wahrung der Gemeinschaftsform ein nach Handelsgrundsätzen selbständiger Bau (z. B. Arbeitsgenossenschaften). Die Schulung dieser jungen Leute müßte in privaten und öffentlichen Anstalten und Handelsanstalten stattfinden. Verhöhlte wären Genossenschaften und Selbstverwaltungen — unter einer Verbindung jedoch, daß nämlich diese jungen Leute nicht mit dem Arbeiter und der Landbesitzer konkurrieren und auch keine Verdrängung von dem sie schulenden Unternehmen erhalten.“

Danzig als Abnehmer polnischer Waren.

„In dem „Abereinkommen über den Danzig-polnischen Verkehr mit Eisenbahnen der Landwirtsch.“, des Gartenbaues und der Züchter“ verpflichtet sich Danzig, Polen bestimmte Warenmengen jährlich abzunehmen. Erstmals ist jetzt die Liste dieser Mindestmengen, die Polen an Danzig liefern soll, für die Zeit vom 1. August 1934 bis zum 31. Juli 1935 aufgestellt worden, die bemittelt, welche bedeutender Abnehmer landwirtschaftlicher Produkte das kleine Danzig für das große Polen ist. Es handelt sich u. a. um folgende Mengen jährlich:

8 Millionen Liter Milch, 2,2 Millionen Pfund Butter, 90 000 Pfund Schmalz, 4½ Millionen Eier, 400 000 Zentner Kartoffeln; 800 Pferde, und zwar 10 Araber- und 290 Araber-Jonnie 600 Schlachtpferde;

3100 Rinder, und zwar 10 Jauch- und 90 Zuckerrind, sodann als Schlachtochse 2500 Rinder lebend bis 520 kg Durchschnittsgewicht und 500 Rinder in ausgeschlachtetem Zustand bis 300 kg Durchschnittsgewicht. Wollte man das Schlachtochse umrechnen in Pfund, dann wären das rund 3 Millionen Pfund Rindfleisch.

41 250 Schweine; außer Bacon-Schweinen im Durchschnittsgewicht bis 120 kg, 2500 ausgeschlachtete Schweine bis 100 kg, sowie die Zahl der aus Polen bezogenen, in Danzig geschlachteten und ausgeführten Bacon-Schweine 30 000 Stück jährlich nicht übersteigt. Darüber hinaus werden 25 kg je Stück auf die Menge von 2500 Stück angesetzt.

3000 Kälber, 2000 lebend bis 70 kg und 1000 ausgeschlachtete bis 60 kg, 11 000 Schafe, davon 1000 in ausgeschlachtetem Zustand bis 50 kg Durchschnittsgewicht, sonstiges Fleisch, frisch und zubereitet, 50 kg, und

½ Million Pfund Leber, 70 000 geschlachtete Gänse, Enten und Puten, gerupft, 2000 geschlachtete Hühner, gerupft, 1000 lebende Gänse, Enten und Rükken bis zu 14 Gänse.

Süßholzwurfsche in Doppelzentner: Hechte 40, Zander 150, Schleie 25, Karpfen 375, Barsch 25, sonstige Süßholzwurfsche 35, Krabbe 150, Seelfische in Doppelzentner: Flumern 1500, Ostfrieserlinge (Strömlinge) 1200, Dorfhe 1750, Neunaugen 100, Quappen 150.

In Futtermitteln schließlich: je 5000 Zt Heu und Stroh und 50 Zt Häfeln.

Wenn die polnischen Landwirte infolge der Kontingierung nicht mehr mengenmäßig auch weniger absetzen als vorher, so werden sie doch, weil ihnen als Erlös ein höherer Danziger Marktpreis zugerechnet wurde, wertmäßig bei geringeren Lieferungen höhere Einnahmen haben und zugleich mehr der Danziger Landwirtschaft der ersehnte Preiszuschuß zuteil.

Innerpolitische Sorgen in Estland.

Am 12. März dieses Jahres hätte der estländische Ministerpräsident Päts für sein Land durch einen Staatsstreich den Übergang zur autoritären Staatsführung vollzogen und das Parlament ausgeschaltet, gleichzeitig aber die ethnische Erneuerungsbewegung durch die Volksgesundung des Staates aufgelöst und als staatsfeindlich unterdrückt. Die in dreier Maffenfront in hoffnungslosem Vorwärts befindliche Bewegung der Freiheitskämpfer wurde durch dieses Verbot um die Spitze ihres Volksaufstands in ein nutzloses Chaos vom Oktober 1933 gebracht. Die drei Ministerpräsidenten Päts gelang dann tatkräftiger Unterstützung durch Wehrmacht und Polizei. In seine Seite trat als zweiter und wohl tatkräftiger Diktator Estlands der neuernannte Oberbefehlshaber der Wehrmacht General Laubner. Vor dem Volke wurde der Staatsstreich mit der Notwendigkeit begründet, dem gefährlichen und staatszerstörenden Treiben der angeblich mit kommunistischen Elementen durchsetzten Freiheitskämpfer ein Ziel zu setzen, um die demokratische Staatsform zu retten, die dem estnischen Volke einzig und allein erntgemäß sei. Zur Durchführung des Staatsstreiches wurde über das Land auf die Dauer von sechs Monaten der Ausnahmezustand verhängt und die vollständige Gewalt dem militärischen Befehlshaber übertragen. Die in der Oktoberverfassung vorgesehenen Wahlen fanden nicht statt, da für sie die Regierung erkläre, angesichts der durch gemeinschaftliche Demagogie erbeuteten Massen obendrein kein ungetriebenes Bild des Volksklimas ergeben hätten. In den ersten Monaten des neuen Regiments waren und blieben gleichzeitige Meinungskämpfe über innerpolitische Dinge vollkommen unterbunden, zumal die gesamte freiheitskämpferisch eingestellte Presse ausgeschaltet, die übrigen Zeitungen aber samt und sonders einer Zensur für unterworfen waren.

Je mehr man sich indessen dem Ende des Ausnahmezustandes näherte, desto mehr begann naturgemäß die Frage die Gemüter zu zergehen, was nach dem 12. September werden solle. Erst verpönt, dann in immer vollerer Ehre begann die Presse die Frage der künftigen Grundlagen des Staatslebens zu rühren. Die Regierung Päts-Laubner hat diese Diskussion bisher zugelassen, überträgt jedoch in keiner Weise eine amtliche Stellungnahme dazu verlaublich. Es wird im Lande allgemein angenommen, daß die Regierung keineswegs geneigt sei, die im Oktober-Volksentscheid mit überwältigender Mehrheit angenommene Verfassung namentlich durchzuführen und nach dem 12. September etwa Staatspräsidenten- und Parlamentswahlen auszuführen. Man glaubt vielmehr, daß der Ausnahmezustand mindestens um weitere drei Monate verlängert werden wird, um in der bisherigen Weise weiterzuerregieren, ohne an das Volk appellieren zu müssen. Gründe für eine solche Haltung sind sicherlich mehrere. Zunächst ist die Regierung der Ansicht, daß die als Voraussetzung für die Hebung des Ausnahmezustandes hingesehene Verbündung der aufgetretenen Volkskräfte noch nicht in ausreichendem Maße eingetreten sei, obwohl bleierte Ruhe über dem ganzen Lande lagert, vielleicht wird auch die besonders in letzter Zeit wieder ausgelebte Aktivität der estnischen Kommunisten als Grund behauptet werden. Interessant ist, daß die Sozialdemokratie Estlands in dem eifrigen Bestreben, einen verlängerten Ausnahmezustand zu gebieten. Die estnischen Jünger der Zweiten Internationale scheinen nicht ohne Grund zu fürchten, bei Wiedereintritt des politischen Kampfes würde sich die Gefahr nicht länger verbergen lassen, daß die Sozialistische Arbeiterpartei Estlands einen Führer in der Person des Volksführers stellt.

Auf die verstärkte Tätigkeit der Kommunisten in der estländischen Staatspolizei und deren gelangene Ausübung eines volksfeindlichen Spionage- und Verhörmördereles in Dorpat und die stark ins Kraut gewachsene Stablagpropaganda im ganzen Lande. Das es sich in der Hauptsache hierbei um die Arbeit Moskauer Sendlinge handelt und weniger um eine eigenständige politische Unterwelt, versteht sich am Rande. Dieser Umstand regt das Revolverblatt „Baba Maas“ dazu an, Erörterungen anzustellen, wie denn eigentlich die jüngsten zahlreichen Kommunistenverhaftungen und die jährlich sich folgendemahnden giftigen Schriften zur Rolle des Freiheitsbewegten Jümmen, in der sich die Moskauer Bevollmächtigten in der letzten Zeit gezeigt haben. In diesem Zusammenhang dürfte keineswegs unverständlich bleiben, so führt die ethnische Zeitung fort, daß das amtliche Moskauer sich bemüht fühle, den besonderen Schutzengel der baltischen Randstaaten zu spielen, während seine Sendboten nichts ungut lassen, um die Lebensgrundlagen dieser selben Randstaaten zu unterminieren. Man könne von Stalin und den Seinen wahrhaftig sagen, die Linke Hand wisse nicht mehr, was die rechte tue. Man täte gut, angesichts des Moskauer Oliphanthentums an das trojanische Pferd zu denken. Auch ein anderes estnisches Presseorgan, das in Revolverbeheimatete „Baba Sona“, nimmt ebenfalls Anlaß, sich mit dem östlichen Nachbar zu beschäftigen. Es ist nämlich im „Journal de Moscow“, eine französischsprachige in Moskau erscheinende Propagandabroschüre des Außenministeriums, welche ein sehr interessantes, aber komischer Artikel erschienen, der sich in einer Art mit baltischen Weltanschauungen auseinandersetzt, die dem „Baba Sona“ keineswegs zu gefallen scheint. Der bolschewistische Zeitungsschreiber hält es für angebracht, die Randstaatenvölker an die Zerkürigkeit zu erinnern, die sie durch die Duldung in ihrer geschichtlichen Vergangenheit angeblich erlitten hätten, um mit wachsend erbobenem Zornigstein hinzujagen, die zweite Gefahr für diese Länder gehöre keineswegs nur vergangenen Zeiten an,

sondern wäre heute vielleicht drohender als je zuvor. Der deutliche „Drang nach Osten“, dessen Vorhandensein jedem Kind bekannt wäre, sei um so gefährlicher, insbesondere für Estland, als er innerhalb des estnischen Volkes selbst einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen gefunden habe. Gemeint ist die ethnische Freiheitskämpferbewegung, die nach Auffassung des amtlichen Moskauer Blattes nicht nur ein schätzvolles Element im Lande annehme, sondern auch den Anstoß Estlands an das Deutsche Reich. Das „Baba Sona“ bringt die die Freiheitskämpfer unter dem Namen „Baba Sona“ als „Rein“ angulischer als groteske Entstellung, wie man sie wohl in dem Spalten der amerikanischen Sensationspresse zu finden erobert, nicht aber in einem offiziellen Organ des Moskauer Auswärtigen Amtes. Das Revolver Blatt fragt sich mit Recht, welchen Zweck solche Auslassungen verfolgen können. Das man in Moskau sich in die Rolle des ungenügenden Beschützers der estländischen Freiheit vor deutschen Raubgütern so hineingehaulpiert habe, daß man bald selbst an die Aufrichtigkeit seines Willens glauben werde, erkläre wohl den Wiederannstern gönnerhafter Anteilnahme am außenpolitischen Gescheh Estlands, doch weshalb der Sinnwals auf die Freiheitskämpfer? Sollte hier nicht am Ende die europäische Öffentlichkeit laßt und rechtzeitig darauf vorbereitet werden, daß es unter Umständen einmal notwendig werden könnte, im „Interesse des Friedens“ in Estland zu intervenieren, um das wahre, „gentilische Estland gegen seine eigenen entarteten Söhne, die Freiheitskämpfer, in Schutz zu nehmen und der deutschen Ausbreitung nach Osten eine Schwärze zu legen? Wenn wir auch nicht voraussetzen können, so schließt das Revolver Blatt keine nachdenklichen Betrachtungen, daß man sich in Moskau wirklich mit solchen doch wohl reichlich weitgehenden Gedanken trägt, so verdient doch festgesetzt zu werden, daß eine beratig angelegte Propaganda mancherorts in diesem Sinne verstanden werden wird.

Die unangesehene geliebte Voraussetzung Jomoh für die Ausführungen des Moskauer Blattes als auch für die Revolver Kritik ist das Vorhandensein einer im wesentlichen ungebundenen und innerlich noch immer starken und aktionsfähigen Erneuerungsbewegung im estnischen Volke, die trotz Verbot nicht tot ist. Ob diese Voraussetzung zutrifft, wird sich, wenn nicht schon eher, so jedenfalls spätestens dann zeigen, wenn der erste Versuch gemacht wird, aus dem heutigen innerpolitischen Scheinverhältnis in eine dauernde Ruhelage zu gelangen. Die künftigen innerpolitischen Fronten des Landes beginnen sich bereits jetzt klar abzuzeichnen. Da ja zunächst einmal die Sache derjenigen, die es bis zum heutigen Tage noch nicht eingesehen haben, daß die Parlamentarismokratie auch für das estnische Volk zu einem Begriff ohne nachgehenden Inhalt geworden ist. Die ehemaligen Raubnieder eines mehrfachen geborenen Systems erleben nichts beiger, als die Rückkehr vergangener Zeiten mit ihrer Zurückweisung zum Politik und Geschehen politischer Verantwortlichen, die sich als „Baba Sona“ und bezaumter „Beratungsratsorgane“ bilden. Die Kritik die Führerschaft der alten parlamentarischen Parteien und ihre Gefolgschaftsziele, wollen in den Märzparlamenten nichts als einen netzgebigen Eingriff der auf der Wacht der Demokratie stehenden Staatsleitung sehen, um die gute, alte Zeit zu retten. Nach einer möglichst kurz zu bemessenden Übergangszeit soll, wie diese unbedenklichen Geister meinen, eine Wiederherstellung der alten, in ihren wesentlichen Grundlagen angeblich noch völlig unerschütterten politischen Ordnung erfolgen. Unrein ist man sich in diesem Vorgehen nur über eine Frage, nämlich ob jetzt schon der Zeitpunkt gekommen sei, um das Steueruder wieder energisch nach rückwärts herumzuspulen, oder ob man noch abwarten solle. Die Mehrheit des Volkes hat in diesem Zusammenhang die Antwort gegeben, daß die Zeit der nachzudenken und klarbildenden Volkstreue in eine Rückkehr zu politischen Vorkämpfern ausgefallen zu sein, die durch den Oktober-Volksentscheid eine nahezu einmütige Beurteilung der Wähler gefunden haben. Innerhalb der Bauernpartei des Bundes der Landwirte ist die Frage aufgeworfen worden, ob man nicht dazu streiten solle, nach italienischem Vorbilde in Estland eine korporative Staatsordnung aufzurichten, wobei den Organen dieser neuen Ordnung nicht etwa nur wirtschaftliche Funktionen, sondern auch politische zuzuwenden wären. In der Presse findet eine lebhafteste Diskussion über diese Frage statt, doch ist man bis zur Stunde über theoretische Erörterungen nicht hinausgekommen, zumal die maßgebenden Regierungsstellen mit ihrer Stellungnahme zurückhalten. Nach einigen Monaten solliger innerpolitischer Einarbeitung scheinen die Ereignisse namentlich wieder in Fluß zu kommen. Weiches Anlaß das künftige Estland jedoch tragen wird, hängt sicherlich nicht zuletzt davon ab, ob es der zeitweilig zur Untätigkeit gemungenen Erneuerungsbewegung der Freiheitskämpfer noch einmal gelingen wird, den erlittenen Rückschlag zu überwinden und so neuer Aktivität überzugehen. In der Revolver Presse lesen wir, daß die gerichtliche Voruntersuchung gegen die Führer der Bewegung namentlich abgeschlossen ist und demnächst der Prozeß beginnen wird. Auf der Anklagebank werden über 100 Freiheitskämpfer stehen, denen Hohe- und Staatsverrat zum Vorwurf gemacht wird. Das letzte Wort in dieser Sache wird aber nicht der Strafgericht sprechen, sondern das estnische Volk. „Abs.“

„Ruf und Lend sind unentbehrliche Elemente in der Weltordnung, was wäre aus der menschlichen Gesellschaft geworden, wenn sie der harte Zwang nicht zum Denken und Handeln antrieb!“

S. von Moltke.

Ferien im Hochwald-Lausche-Gau.

Es ist gar nicht notwendig, vom „Deutschen Gotthard“ zu sprechen, wenn man das Sittauer Gebirge meint; denn die Zeiten sind vorüber, da man die Schönheiten des eigenen Vaterlandes nur im Vergleich mit den Reizen der Fremde wertete und dabei das Beste versah; das Einmalige und daher Unvergessliche der Heimat. Und wie es auf der Welt nur die eine alte Pflanzstätte auf dem Kamm von Ostfaliens grünem Grenzwall gibt, auf der einst Cillys wilde Herden und die Hüllsten gegen deutliches Kulturland herandrängten, so gibt es auch nur einmal dieses Hochgebirge im Kleinformat, das sich um das Jugendland der Spree, der Göttritz-Reiße und der Schwarzen Elbe spannt.

Wer in kurzer Fahrt von Gröblich, Bauen oder Dresden in das tausendjährige Sittau kommt, die Stadt der Gärten und Brunnen, die eine der größten deutschen Städte in unmittelbarer Nähe der Reichsgrenze 12 km ist, befindet sich schon mittendrin im trautenbunten Bergland der Wenden. Er hat im Coustler Gebirge den Wielesob (500 m) und den Sporneob (554 m), den weisen und den schwarzen Gott der Wenden, sich drohend gegenübersehen und erlebt nun im Süden des Grenzlandwinkels, im Hochwald-Lausche-Gau, die köstlich abwechslungsreiche Pracht des Sittauer Gebirges. Als Felsenkronen der Oberläufe bildet dieses Vordrängen der jetzt kühnen Sandsteinfelsen und hochragenden Jochen vulkanischen Gneiss eine ganz groteske und pittoreske Kletter- und Wanderroute, die in der fast 800 m hohen Causche und im Hochwaldspizel (749 m) ihre größten Erhebungen hat. Die fischelische Grenze geht über den Kamm und durch die Gipfelhöhlen da droben;

der Blick grüßt die Sudetendeutschen jenseits und das Böhmisches Mittelsgebirge, er schweift diesseits bis zur Landeskarde bei Börlitz und zur Schneekoppe im Riesengebirge und gleitet hinab zum Kleinen Sadlitz, dem Jagensandstein Cybin. Hierer Eisenkorkformige Sandsteinfelsen sind im wohlhablichen Ruinen einer Weltersdorf, einer Ritterburg und eines Kolonialklosters und dem lieblichen Kurort Oybin mit Hain ist ebenso lebensewert wie die kühnliche Felsenstadt Johnsdorf mit dem als Naturforschungsgebiet erklärten Mühlleinbrüden und den Rannensalen. Auch die waldumkränzte Sommer- wie Winterfrische Waltersdorf am Fuße der Causche ist als Stützquartier für Wanderungen nach allen Seiten des Gebirges ein köstlicher Platz und besonders beliebt durch die Nähe des neuen Volksbades in Großschönau, das ein 20 000 qm großes Baderbecken besitzt.

All diese Orte bieten äußerst billige und gute Ferienaufenthalte, und eine gesundenfröhliche Bevölkerung erwartet dankbar den Besucher, der ihm hilft, auf vorgeschobenen Höhen im wirtschafflichen und rökischen Grenzkamp durchzuhalten. Der Verlauf auch dieses Teils des schönen Landes Sächsen ist Willst und Vohn zugleich. Er wird besonders erleichtert durch die achtbändigen Grenzlandfahrten, die das Mitteleuropäische Reisebüro ins Sittauer Gebirge veranstaltet, und durch Pauschalunterhalte, die in Waltersdorf, Johnsdorf, Oybin und Hain geboten werden.

Wer einen schönen Spätsommer, einen beglückenden Herbst erleben will, vergesse nicht das Bergland im Hochwald-Lausche-Gau in Sächsischen Grenzmarkt Dr. A. v. von Schellwitz-Uthen.

Breslau — ein deutsches Stadtbild.

Schlesien, die natürliche Fortsetzung Süddeutschlands nach dem Osten, Schlesien, das Kolonialland aller deutschen Mutterstämme, Schlesien, die Brücke und Pforte nach dem weiten Raum des Südostens, ist ein Land von hundertsätzigem, reichem Geleite. So reich wie in seinen natürlichen Landhöfen, so vielseitig in den Werken seiner deutschen Kunst- und Kulturdenkmäler und in seinen Menschen. Die gleiche große Fülle alles dessen, was man mit deutscher Kultur bezeichnen, tritt uns in der ehrwürdigen Landeshauptstadt Breslau entgegen. Schon das Antlitz dieser Stadt ist übermäßig. Heute gilt wieder das Wort, das im 15., 16. und 17. Jahrhundert über die Stadt Breslau gesagt wurde, daß sie eine der größten, schönsten und prächtigsten des Deutschen Reiches ist. Der Wunsch des deutschen Kunstforikers Wilhelm Vindler ist erfüllt: „Der Baum, den überblickst auf viele reiche und schöne Stadt legte, die Stadt mit 17 alten Kirchen, spritzt voll alter Kunst, er ist endlich gebrochen worden.“ Wer heute Breslau besucht, der ist überrascht und überwältigt von dem Zusammenklang der großen und alten Kunst mit der Fülle der Bauwerke der Gegenwart. Er ist überrascht von dem Zusammenklang von Bauten und gepflegten Gartenanlagen. Die Werke von Mensch und die lebendigen Schöpfungen der Natur, sie sind vereinigt wie in einem wohlgepflegten Garten. Breslau ist der Stadt der Gärten und die Pflanzstätte deutscher Kultur. Dort, wo die Stadt ihren Ursprung nahm, auf der Oderinsel, mo einst die hölzerne Burg der Piastenherzöge ragte, mo heute die Türme des frühgotischen Domes und der vierhöflichen hochgotischen Kreuzkirche, der Turm der wichtigen Sandkirche und des Augustinerklosters und der Universitätsbibliothek sich im Oderstrom spiegeln, breitet sich vor den Augen des Besuchers eines der schönsten deutschen Stadtbilder aus. Und wenn man an anderen Ufer des Stromes entlangwandert, so wird man überrascht durch die Fülle der großartigen Bauten des Barock.

An den Schöpfungen der Kirche, dem eleganten Bau des ehemaligen Jesuitenkollegs, der heutigen Universität, dem Matthiassymphonien, den Klosterbauten von St. Vinzenz, dem heutigen Oberlandesgericht und in den vielen Barockkapellenbauten an den alten gotischen Kirchen spürt man die alte große Kulturverbundenheit Breslaus

mit der deutschen Südostmark, dem alten Österreich. Schreitet man von den großen Kirchengiebeln hinein in die mittelalterliche Stadt, so sieht man heute noch stummend vor der großen Städteplanung der deutschen Kolonialstadt, die in ihren Plätzen und Straßen in den Ausmaßen seit 1250 völlig unverändert ist und heute noch den Verkehr der Gegenwart meistert wie vor 700 Jahren. Diese Planmäßigkeit der Altstadt Breslau ist ein besonderes Merkmal und erfüllt eben, der aus anderen deutschen Landesteilen die Stadt besucht, mit immer neuer Bewunderung. Die alte Stadt ist angefüllt mit den großen Bürgerkirchen des Mittelalters. St. Marien-Magdalena, die doppeltürmige Kirche, in der die Armeilinderkloster hängt, St. Elisabeth, die einträgliche große Stadtkirche an der Ecke des Ringes, angefüllt mit den kunstschönen vorangegangenen Jahrhunderte, an denen die Reformation nichts veränderte, sie sind die großen religiösen Eckpfeiler der alten, reichen Stadt, in der frommer Bürgergüte maulte. Breslaus Bürgerbauten, die hochgeliebten Wohn- und Kaufhäuser des 16. und 17. Jahrhunderts, geben den Straßen der Stadt und dem weiten Ring ihr besonderes Gepräge.

Die Krone aller Bürgerbauten aber ist Breslaus Rathaus, jener gotische Profanbau des deutschen Südens, der immer ungenannt genannt werden muß mit dem andern großen Profanbau des deutschen Nordostens, der Marienburg. Dort oben im Nordosten der Irenae, geschlossene Bau und hier in Schlesiens Hauptstadt der heitere, vierhöfliche Prachtbau bürgerlichen Machtwillens und mittelalterlichen Bürgerkolles, der Bau, in dem die Heiterkeit süddeutscher Gotik und die Freude am Schönen in jedem einzelnen Teil schwingt. Und dann sieht man in dieser Stadt die Spuren eines neuen, starken und einfachen Geistes, die Spuren Prehrens, dessen großer König Schellen an den deutschen Norden schmiedete und dieses Volk zu einem Eckpfeiler Preußenbundes nach Südboden machte. Zu jener Zeit entstanden die vornehmsten, schlichten Bauten des Karl Gotthard Langhans. In jener Zeit errichtete ein Meister seiner Schule das vornehme Haus, in dem heute der Fürstbischof residiert. Welch ein Zusammenklang: Deutsche Gotik, deutscher Barock, preußischer Stil und zwischen all diesen Baudenkmälern großer, ver-

Glückliche Reise für Mutter und Kind!
Löst eine Spendenkarte



für 1/10

ganterer Stilperioden erheben sich aus der Masse der nüchternen Häuserreihen, die auch Breslau wie jede deutsche Stadt umgürten. Monumentalbauten der Gegenwart, die der Stadt ein neues Gepräge geben, voll großer Zweckmäßigkeit und deshalb von neuer Schönheit.

Dieses äußere Antlitz der Bauwerke wird umrahmt von den großen Grünanlagen, die einmal die alte innere Stadt an den Ufern des breiten Wallgrabens, des Stadtgrabens, wie er in Breslau genannt wird, umfämen und das andere Mal die mit Vorgärten gesäumten, breiten Straßen begrenzen, die hinabgehend nach dem Süden der Stadt zu einem großen Parkgelände des Südparks, und über die Oberbrücken nach dem anderen großen Parkgelände des Scheitnigs. Hier ist eine Parkanlage aus dem Garten des Fürsten Hohenzollern Ende des 18. Jahrhunderts entstanden, wie sie ihresgleichen im deutschen Osten nicht hat. Auf dem erweiterten Parkgelände wurde 1913 der große Wald geschaffen, der der Luftzeit zu einem neuen Baumillen Breslaus war, die Jahrhunderthalle, zum Gedächtnis an die Freiheitskriege. An ihrer Umgebung sind Bauten und Gartenanlagen von großartigen Ausmaßen und erlesener Schönheit entstanden. Die neuen Bauten der Ausstellungshallen, die sich um die Jahrhunderthalle gruppieren, mahnen Breslau zu einer idealen Ausstellung und Logenstadt. So ist es denn zu verstehen, daß Breslau seit Jahren die Stadt großer Logungen geworden ist, und daß jedes Jahr, während der Stadt zu einem großen der verschiedensten Art in Breslau abgehalten werden. Die Jahrhunderthalle, der Meißner, sollen je für sich bis 2000 Menschen. Dazu kommt das Ausstellungsgelände und die gemaltige Streiffläche, die sich um diese Riesenbauten ausdehnt.

Seit mehr als 60 Jahren wird in Breslau der Landwirtschaftliche Maschinenmarkt, in den letzten Jahren jumeit verbunden mit anderen einflussigen Ausstellungen, abgehalten, ein Großmarkt, der internationale Bedeutung besitzt und der, nachdem die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen endlich geklärt sind, nunmehr einen weiteren Ausbau erfahren soll. Breslau war immer, schon in frühesten Mittelalter, die große Handelsstadt, die die Ostsee mit dem Ozean verkehrt hat, und so soll es wieder werden. Über Breslau ging damals der Austausch polnischer und deutscher Waren. Breslau treibt seit Jahrhunderten traditionell

den Handel mit dem Osten. Diefern Handel sind auch die Ausstellungshallen gewidmet. Sie sind mit Bedarf in den schönsten Teil Breslaus, in den Scheitniger Park, gesetzt worden. Sie haben in der Terrasse, die von der Jahrhunderthalle zu dem blumenumfüllten Teich herabsteigt, in dem Säulengang, der 800 Meter lang sich um diesen Teich zieht, einen Abstieg gefunden, wie man sich ihn schöner nicht denken kann.

Dicht neben dem Ausstellungsgelände dehnt sich der Zoologisch e Garten aus, und nicht weit von der Jahrhunderthalle zieht sich das Stadion hin, das mit seinen Sportanlagen der Schaulust der letzten deutschen Kampfspiele war. Für Körper und Geist ist in der Landeshaupstadt Schlesiens reichlich gesorgt. Die großen Bildungsinstitute, die Universität, das Osteuropa-Institut, die Technische Hochschule, die Meißnerkerker der Akademie, die vielseitig gehaltenen Handwerker- und Kunstgewerbeschulen wie die vielen anderen Fachschulen und auch die höheren Schulen bieten eine Fülle von Möglichkeiten der Erziehung und der Unterichtung. Breslau verfügt über eine Satblich e Oper, über zwei Schauspielhäuser und eine Operettenbühne. Die Schätze der Vergangenheit werden in vorbildlichen lebendigen Sammlungen geüht. Das Schlesiische Museum der Bildenden Künste, die großartige alte Gemäldegalerie und die Sammlung mittelalterlicher Plastik, das große schlesische Heimatmuseum, das unter dem Namen „Schlesiisches Museum für Kunstgewerbe und Altertümer“ ständig neue Ausstellungen veranstaltet und seine schönen Schätze schlesischer Kultur immer wieder erweitert und erneuert, sie gehören zu den Sehenswürdigkeiten Breslaus, die nicht übergangen werden dürfen. Die Perle mühsamer Schöpfung aber ist das Haus Friedrichs des Großen, das Königlich e Schloß in Breslau, das in seinen herrlichen Räumen aus der Zeit seines Erbauers ebenso erhalten ist wie in den Räumen, in denen der „Aufzug an mein Volk“ unterzeichnet und das Eiserne Kreuz gestiftet wurde.

Breslau mit seinen Gottesbüßern, seiner mittelalterlichen Altstadt, dem Oberstrom und seinen Armen, über die 22 Brücken führen, den Anlehn seiner Grünanlagen, den beiden großen Parkgeländen, ist ein Pfingstort und ein Garten deutscher Kultur in seinem äußeren Gesicht ebenso wie in seinem geistigen Leben.

Vornehme Verwandtschaft.

Ein altes polnisches Geübte ist es, mit vornehmen Verwandtschaften zu ziehen. Der vor einigen Jahren verstarbene polnische Schriftsteller und Dramatiker Włodzimierz Francuzki bewundert dieses unerschütterliche Stellungsbewußtsein seine Landsleute in folgenden Sätzen: „Die Überzeugung aus dem Bewußtsein bei Dr. Wilhelm Christiani, Berlin bezieht.“

In einem vornehmen Warshawer Restaurant saßen an einem Tisch drei junge Herren: Wajkiewicz, Daprowski und Gliendyk. Sie aßen ein gutes Mittagessen, erledigten das Geschäft, das sie zusammengeführt hatte, kramten allen Klatsch aus, tranken schwarzen Kaffee und Vikore und saßen dann da, denn keiner wollte aufstehen. Das Essen dauerte lange, und während desselben wechselten die Gäste an den Raubartikeln. Eine anmutige Blondine kam in Begleitung von zwei Herren. Gliendyk durchbohrte sie mit den Blicken und mochte schnell den Kopf runter, als er dem Blick eines der Herren begegnete.

„Sie ist hübsch“, murmelte er schließlich halblaut. Daprowski, der mit dem Rücken zum Saal saß, hob sich um, lächelte und taufchte einen Graf mit einem der Begleiter der hübschen Blondine.

„Kennst du ihn nicht?“, fragte Gliendyk interessiert.

„Kannst du ihn nicht?“, Graf Herbowicz.“

Als Wajkiewicz, der bisher Schweigend und nachdenklich gewesen war, diese Auskunft erhielt, wurde er plötzlich lebhaft.

„Er trakte die Wajheln und lockte ironisch auf.“

„Sei wann ist er denn Graf geworden?“

„Er ist es immer gewesen.“

„So wol Bras sagt du das. Vor dem Kriege hatte er keinen Grafen, war noch Beamter bei der Polizei oder bei Weß der Kunst, die er zu Geld gekommen ist und sich jetzt an die Herbowiczs heranschlingt.“

„Ich habe gehört, er sei wirklich Graf.“

„Mein Lieber, das muß ich doch wohl am besten wissen. Die Herbowiczs sind nämlich sehr nahe Verwandte von ihm.“

„Ach so...“

„Sehr nahe, mütterlicherseits.“

Ein leichter Krenschok, den Wajkiewicz bekam, weil jemand sich unbehörlicherweise einen aristokratischen Namen beilegte, half ihm ganz munter werden. Er sah nach der Uhr und stand rasch auf.

„Ich muß gehen. Bleibt ihr noch hier?“

„Ich bin hübsch.“

„Es Wajkiewicz in der Garderobe verschwunden war, wandte sich Gliendyk zu Daprowski und lächelte spöttlich.

„Wahrscheinlich ist dieser Herbowicz kein Graf. Ich weiß es nicht. Ich will nicht widersprechen. Aber das eine kann ich dir versichern und beschwören, daß Wajkiewicz mit den Herbowiczs nicht verwandt ist. Das hat er alles nur gesagt, um vor uns mit seiner aristokratischen Verwandtschaft zu prahlen. Doch da ist er an den Unrechten gekommen, denn mir stammen aus derselben Gegend. Wajkiewicz's Vater war Apotheker in einer kleinen Stadt. Übrigens ein sehr braver Mann. Aber mit der Aristokratie hatte er nichts zu tun.“

„Wajkiewicz ist ein Saob.“

Gliendyk nickte ungeduldig bis Achseln.

„Darum handelt es sich nicht. Mich ärgert diese unere bodenlose, unerbittbare Dummelei. Ein großer Krieg hat die Welt erfüllt, hat die Welt wie wir. Uns imponieren immer noch vornehme Verwandtschaften und Titel. Wajkiewicz ist ein sehr tüchtiger Mensch, ist intelligent, gebildet... Aber das genügt ihm nicht, und er muß sich an irgendwelche Herbowiczs klammern.“

„Du hast recht. Bei uns herrschen noch barbarische Verurteile.“

Gliendyk wurde immer lebhafter.

„Ich j. D. habe keine Spur davon. Es gab einmal eine Zeit, wo ich in heraldischen Studien ganz aufging. Wir Gliendyks haben ein eigenes Wappen. Und du mußt wissen, daß es eines der ältesten polnischen Wappen ist. Wenn es auf vornehme Verwandtschaft ankommt, so bin ich mit der ganzen Aristokratie verwandt. Meine Urgroßmutter war eine Königinwitwe. Aber was hat das zu sagen! Ich j. ein moderner Mensch und kümmerge mich nicht um solche Dummdinge. Und deshalb lachen die Leute bei uns über mich und stehen mich auf. Was für ein Kräminkel!“

„Ja, das ist wahr. Wir sind von Welteropa noch weit entfernt.“

„Warum nach Welteropa schweifen? Kannst du dir einen Erbsenbon vorstellen, der diesem Saobismus buldigt.“

„Ach nein“, erwiderte Daprowski lebhaft. „Die Erbsenbon sind moderne Menschen.“

„Stu, aber gehen wir.“

Gliendyk und Daprowski gingen nach verschiedenen Richtungen und verabshiedeten sich vor dem Restaurant. Über Daprowski's Gesicht lagste ein unbestimmtes Lächeln. Nachdem er einige Schritte gegangen war, traf er einen guten Bekannten, Milikiewicz, und nahm ihn am Arm.

„Ich werde Ihnen was Amüsantes erzählen. Und es ist charakteristisch.“

„Was?“

„Ich habe soeben mit Gliendyk und Wajkiewicz zu Mittag gespeist. An einem Rebenstich lag ein Graf Herbowicz. Er soll kein Graf sein, aber darauf kommt es nicht an. Da ergrübelte Wajkiewicz uns nun, er sei mit den Herbowiczs verwandt.“

„Wajkiewicz ist ganz bedingt vom Stand über uns in einem dummen Abschaubismus. Und alles nur, damit ich erfahren sollte, daß die Gliendyks eine der ältesten polnischen Familien seien. Ich hätte nur geduldet.“

„Beide sind ja vernünftige Leute. Und wertvolle Menschen. Nun erkläre Sie mir diesen Größenwahn. Würde es mir jemals einfallen, zu behaupten, daß die Daprowski Grafen sind! Und dabei sind wir es...“

Ganz unbestreitbar. Aber mein Urgroßvater war ein Patriot und wollte nicht, daß die Russen ihn seinen Titel bestätigten. Deshalb haben wir keinen Wert darauf gelegt.“

Ein Königsmörder wird geehrt . . .

Auf der Strecke Dresden—Treg, an der Einmündung des Egerflusses in die Elbe, liegt die altersgraue österrheische Festung Cherejensfeld. Ein unverwundenes, formigiges Städtchen mit heiligen Steinpfählern, umrahmt von düstern, vorhistorischen Kalkmatten, die jetzt der stehenden Garnison als Kaserne dienen, ist Cherejensfeld oder Terejn, wie es die Löhner nennen, der Geschichte nie heroisiert, umsonst bemühen sich übertriebene Historiker, zu erforschen, ob dieses rotzellige „Bollwerk“ jemals eine Sauerzelle empfangen hat. Wieberholt besichtigte man sich im alten Österreich mit dem Plane, das alte Mauernwerk niederzureißen und die Überreste einer längst überwindenen Verteidigungstechnik zu beiseiten. Aber im entscheidenden Augenblick traten immer wieder warnende Stimmen auf, die Cherejensfeld als Wahrzeichen einer ruhmreichen Epoche dem Volke erhalten wissen wollten. Die Warner kamen zu ihrem Rechte, Cherejensfeld blieb der Rachwelt erhalten und wurde — das Gefängnis aller Rebellen und Hochverräter, die, zu lebenslänglicher Haft verurteilt, in den feuchten Gemäuern ein schales Ende ihres klaglichen Daseins befristeten. Die Oktoberrevolution 1918 verhalf den Eingekerkerten wieder zur Freiheit. Die Rebellenführer der schwarzen Revolution, durch einen Sündenbiss des letzten Sabotagekassiers vom Stränge demontiert, fanden ihr Werk erfüllt, ihre Saat aufgegangen. Es ist verstellbar, wenn die Löhner jetzt aus Pietät und im Gedächtnis an die Leidenszeit ihrer Märtyrer, die, wie Kramsch, bis zum letzten Augenblicke in der Heimat kämpften und sich nicht feige im Auslande unter der schützenden Hand der Ententeermächte um die Befreiung ihrer

Nation durch fremde Hilfe bemühten, Cherejensfeld in seiner alten und veralteten Form erhalten wollten, es ist aber unerlässlich und herausfordernd, wenn sie dabei die Grenzen des Anstandes überschreiten. Die Aussagen des Mörders Franz Serbinands, „Prinzip“, hielt die österreichische Presse Gerichte danach ab, ein Exkursivrecht zu föllen. Nebenläufige Festungshaft wurde über ihn verhängt und Cherejensfeld sein Kerker. Während des Krieges starb der Liehaber des Waltenbrandes, verurteilt von Millionen Mittern aller Sprachen, die der unheimlichen Kat eines kindlichen Janaklers Männer und Söhne opfern mußten. Was aber schert die Prager Machthaber das Urteil der Welt? Nach dem Umflure — die südböhmische Regierung ließ die Geheime Principis ausgeben und in die Heimat überführen — wurde die Zelle — des Königsmörders letzter Aufenthalt — vermauert und als Heiligtum in die Obhut der tschechischen Nation genommen. Der Weg, der, längs den Festungsgräben vom Gefängnis führt, hat den Namen „Princip-Allee“ (Principo Allee) erhalten. Ein Königsmörder wird verehrt! . . . Was lagte doch Malajuk in seinem Buche über konkrete Logik? Wenn j. D. schon unternehmen haben, waren wir gewiß hütten, was wir für Italien unternehmen haben, waren wir gewiß große Schritte . . . So lagen mir, daß für uns die Wirksamkeit der Handlungen dieselbe ist und bleibt, ob sie für uns oder für das Vaterland oder für welchen Zweck auch immer unternommen werden. . . . Einströmt diese Kat der von ihm geprägten ethischen Logik? Ein Königsmörder, der Totengräber von Millionen Menschen, wird geehrt! Rubolf Schricker.

Buchbesprechungen.

Bismarck und der Offen. Eine Studie zum Problem des deutschen Nationalstaats. Von Hans Rothfels. J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung, Leipzig, 1934, 104 Seiten. Geh. 4,50 RM. — Das nationalstaatliche Prinzip ist auf den Offen nicht anwendbar. Einmal, 1848, haben deutsche Ideologen diesen dem Westen entlehnten Staatsgedanken auf den Offen anwenden wollen. Und 1919 haben die Seinde Deutschlands den Offen mit Gewalt nach diesem Staatsgedanken umzuwandeln versucht. Sehr zu Unrecht hat man lange Zeit auch in Bismarck einen Vertreter des Nationalstaatsgedankens gesehen. Bismarck hat aber man gesagt, ein „einzigmaliger Fall“ in der deutschen Geschichte und seine „Kleinheit“ ist zu betrachten als ein Beweis für seine nationalstaatliche Haltung ansehen zu müssen. Nichts falscher als das! Rothfels legt in seiner Schrift die wirkliche Einstellung Bismarcks, der sich mit den baltischen und österreichischen Deutschen ohne tiefe Verbunden fühlte, sie als selbstbewußte, kämpferische und staatsgerade Deutschstammgruppen erhalten wissen wollte. Am klarsten liegt bei der Bismarckschen Politik die Ablehnung des Nationalstaatsgedankens in der polnischen Frage zutage. Es ist notwendig, sich über Gründe und Absichten der Bismarckschen Polenpolitik, die von den Nachfolgern des Alt-Reichskomplexes verzerrt und umgebeutet worden sind, klarzumachen. Dann wird man erkennen, daß manche Grundgedanken dieser Bismarckschen Außenpolitik auch für die Gegenwart noch fruchtbar sein können. — Rothfels.

Parteilose Schmiecke. Ein Zeitroman von Alfred Karsch in „Zeitgenossen“ Verlag und Vertriebsgesellschaft m. b. H., Berlin W 35, 1934, 308 Seiten. Pappband 3,60 RM., Feinband 4,80 RM. — Es ist ein Buch, das mitten in der Gegenwart spielt. Jeder kennt die „Maffior-Räder“ und „Direktor Rollenbreit“, viele unerschütterliche Überreste eines gestürzten Systems; jeder kennt aber auch die „Parteilose Schmiecke“, die stillen, unerschütterlichen Kämpfer einer von Glauben erfüllten Bewegung. Die einen grüßen mit erhabenem Arm und hitzerig effrig den Führer, die anderen sind Rationalisten. Die einen sind vom Treiben fesselt, die anderen sind Soldaten. Und daspähnen leben die Halben, die noch von gutem Willen besetzt sind, aber noch zu tief in bürgerlichen Anschauungen fesseln. An dem Treiben, Angezogen und abgeworfen, stehen die bürgerlichen Individualismen: Karsch, der ostpreussische Dichter, den Kampf gegen die Reaktion und für den Sozialismus, der noch lange nicht beendet ist und der heute wie früher unter der alten, treuen Garde seine Opfer fordert. Das Abgehen allein macht noch nicht den Rationalisten, und die Klugheit ist kein Ersatz für eine anständige Gesinnung. All die menschlichen Schwächen und verborgenen Charaktere, die in einer Zeit, in der nach anderen Maßstäben als denen des finanziellen Erfolges und des Bildungsgrades gemessen wird, deutlicher hervortreten und peinigender empfunden werden als früher, werden schonungslos dargestellt. Es werden keine schonenden Umschreibungen gebraucht. Menschenbilder, „Kadaver“, bürgerliche Seeligen, Saboteure, „Auseinander“, sind durchaus selbstgenügsam. Besinnungen in „Räder“, Rollenbreits, Komkes, Besenbergers und Ehners, die in dem Roman von Karsch als handelnde Personen auftreten. Der Kampf ist nicht zu Ende. Der Führer kann nicht alles sehen, kann nicht jeden einzelnen Mißstand beseitigen. Jeder muß da mithelfen. Jeder muß mitkämpfen. Nur das gibt ihm ein Recht zur Kritik. — D. R.

Die Säger der sieben Ordensbrüder. Von Agnes Miegel. Eugen Diederichs Verlag, Jena, 1934, 80 Seiten, 0,80 RM. — Die Erzählung der bekannten ostpreussischen Dichterin spielt in der Zeit kurz nach der Unterwerfung der heidnischen Pruzzen. Unter der Decke des Christentums, das der Orden ins Land gebracht hat, lebt noch der Glaube an die alten Götter fort. Das alte Preußentum mußte sich dem durch die Deutschen Herren verkörperten neuen Preußentum beugen. Aber der deutsche Herr achtet in dem Beflegten den Adel der Rasse. „Mittelalter“ wird auf der einen Seite das noch im Untergang befindliche und wie Schicksal der letzten Pruzzenfürsten und auf der anderen Seite die dienende „Stränge“ zum Herrschen geborenen Hauskomplex des Deutschen Ordens geschildert.

Werde über Rasse und Volkstum. Das dritte Reich hat der bisher vernachlässigten Forschung über Rasse und Volkstum einen maßvollen Auftrieb gegeben. So kommen fast täglich neue Bücher auf den Markt und Werke derer, die sich ernsthaft mit diesen Fragen auseinandersetzen gemittelt sind. Stark tritt das „Rasse- und Volkstum“ unserer germanischen Vorfahren aus Sicht. Gotthard Schreyer hat die „Mythik der Deutschen“ (Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt) nicht nur geschrieben, sondern die arbeitsamen Mytiker — auch die der Ostmarken, Jo Jakob Böhm, Angelus Selms, und in Verfolg über Ideen Kraft, Tichte, die Romaniker — selbst sprechen lassen. Wir führen das Wesen nationalsozialistischer Kraft, wenn wir sagen: „Wieder sind Rasse und Volkstum die beiden Pfeiler, über denen sich das Tor des Lebens öffnet, durch das der Mensch in die Zukunft schreitet.“ — Hermann Mandel zeigt in „Deutschland als „Glaubens- und Lebens“- (Leipzig, Armanen-Verlag) den einzigen Aufbruch unserer Seele; er weist darauf hin, in welchem Zusammenhang Rasse und Religion leben, was „arteigene Frömmigkeit“ ist, wie auf dem Grunde arisch-germanischer Religion ein kosmisches Gottgötze erwacht, um durch Jahrtausende immer wieder im deutschen Volk Gestalt zu gewinnen. Gott ist nicht Gegenstand einer „Vorfstellung“, kein „Begriff“, sondern die Macht der Wirklichkeit. „Das wahre Leben ist das Leben aus diesem Bewusstsein, und wir werden nur in dem Maße Mensch, als wir mit diesem Bewusstsein wachen, gewinnen, als er in uns waltet und gestaltet.“ — Über „Die eigentümliche Religion und das Christentum“, über die Denkmäler germanischer Frömmigkeit, die römische Schriftstreberei, die Aufzeichnungen der Runen, die germanische Götterdreherei, den Übergang zum Christentum, die Frömmigkeit der Edda gibt Gottfried Spaunath (Södingen, Vandenhoeck und Ruprecht; 1 RM.) ein knappes, gut orientierendes, beherrschtes Heft. Im gleichen Verlag unterliegt Arthur Cilius „Die Anfänge der Religion“, in der er, im Gegensatz zu den Ergebnissen heutiger Rasseforschung, nicht so sehr die Rasse selbst entscheidend sein läßt für die religionsgeschichtliche Entwicklung; vielmehr weist er auf „gleichartige Anfassungen“ religiöser Bildung bei den verschiedenen Rassen hin. (Leipzig, 2,80 RM.) — Der Weg der deutschen Rasse“ ist der Gegenstand eines kleinen, bei F. Müller, Leipzig (1,20 RM.), erschienenen Büchleins, in dem er die gefalteten Rassen deutscher Rasse und ihre geistlichen Schöpfungen durch die Jahrtausende bis zum Durchbruch des Rationalismus — charakterisiert. Rassen geben in Völkern ein und schaffen in ihnen Kultur. Am deutschen Volk, an der deutschen Kultur hat nicht eine, sondern haben mehrere Rassen prägenden Anteil. Das Buch ruft zu einer starken, zukunftsweisen, kämpferischen Volksgemeinschaft auf. — Dr. C.